

Inhalt Oktober 2026

- [25.6.2026](#) izborsk-club.ru: Alexander Agejew – Wieder einmal die »deutsche Frage«
- [26.6.2026](#) russiancouncil.ru: Iwan Timofejew – Weltkrieg oder bloße Anarchie? Was geschieht in der heutigen Welt?
- [4.8.2026](#) russiancouncil.ru: Dmitri Trenin – Europa und die Ukraine: Wie wird Russland reagieren?
- [17.8.2026](#) izborsk-club.ru: Maxim Schewtschenk – Ein Jahr nach Anchorage. Wie der Iran das Abkommen zwischen Trump und Putin zunichte gemacht hat
- [10.9.2026](#) Russland in der globalen Politik: Ilja Fabritschnikow – Zwei an der Seite, unsere sind nicht da, Die Kosten der Vermittlung
- [30.9.2026](#) Die Zurückgewinnung des Donbass und Noworossijas ist bereits ein Sieg in der militärischen Spezialoperation
- [4.9.2026](#) Wsgljad: Timofej Bordatschjow – Der Abenteuergeist hat Europas Selbsterhaltungstrieb ersetzt
- [7.9.2026](#) profil.ru: Fjodor Lukjanow – Wendepunkt? Was sagen die deutschen Wahlen über den Zustand des Landes und der europäischen Politik aus
- [8.9.2026](#) russiancouncil.ru: Wladislaw Below – Sachsen-Anhalt nach dem AfD-Sieg: Ein regionaler Wendepunkt mit bundesweiten Folgen
- [8.9.2026](#) Russland in der globalen Politik: Philip Fomitschew – Das Ende der »Berliner Republik«?
- [10.9.2026](#) izborsk-club.ru: Natalia Narotschnizkaja – Gesunder Menschenverstand und Gerechtigkeit oder Merz' Revanchismus – eine Alternative für Deutschland
- [11.9.2026](#) Swobodnaja Pressa: Sergej Axjonow – Eine Alternative für Europa. Was kann Russland von einem Sieg der »AfD'ler« erwarten?
- [22.9.2026](#) Russland in der globalen Politik: Fjodor Lukjanow – Helmut Kohls Albtraum
- [28.9.2026](#) Die europäische Rechte ist nicht Russlands Freund
- [21.9.2026](#) Putins Kreis und Selenskis Kreis: Konstantin Bondarenko verglich »Einflussgruppen« in Russland und der Ukraine

Impressum
MARXISTISCHE BLÄTTER
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 0201 | 23 67 57
E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:
www.marxistische-blaetter.de
www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt
Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw
Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de
Anschrift und Telefon: wie Redaktion



Einführung zum Reader 4/2026¹

Der vorliegende Reader stellt zwei Themenschwerpunkte in den Mittelpunkt, den Krieg in der Ukraine im weitesten Sinn, grundsätzliche Überlegungen über Kriege in der heutigen Zeit und Möglichkeiten von Verhandlungslösungen inklusive, sowie die Einschätzung der Wahlergebnisse der jüngsten Wahlen in Deutschland. Ein Artikel befasst sich mit dem politischen System Russlands.

Alexander Agejew beleuchtet Deutschlands Drang nach Osten vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine. Für Iwan Timofejew haben wir es heute eher mit der gewohnten Anarchie vor dem Hintergrund des Wettbewerbs zwischen den Großmächten und dem Fehlen eines wirksamen Völkerrechts zu tun, denn mit einem Dritten Weltkrieg. Damit folgt er in seinen Ausführungen der Denkschule des Realismus in den internationalen Beziehungen, für die das Zusammenleben der Menschen vom »Krieg aller gegen alle« (Hobbes) geprägt ist. Dmitri Trenin erläutert seine Überzeugung, dass Europa für Russland auf lange Sicht nicht nur ein geopolitischer, sondern auch militärischer Gegner bleiben wird. Maxim Schewtschenko analysiert die Entwicklung seit dem Treffen in Anchorage und weist darauf hin, dass der US-Krieg gegen den Iran auf den Verhandlungsprozess rund um den Krieg in der Ukraine großen Einfluss ausübt. Ilja Fabritschnikow vertritt die Auffassung, dass eine Großmacht, die ihren Status erhalten möchte, sich auf keine Vermittlung einlassen darf. Ilja Uchow hebt die große wirtschaftliche Bedeutung des Donbass und Noworossijas für Russland hervor.

Die jüngsten Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben große Resonanz in

russischen Medien gefunden. Die Wahlerfolge der AfD werden naturgemäß unter dem Aspekt betrachtet, wie sie sich auf das deutsch-russische Verhältnis auswirken könnten, wobei mehr oder minder große Illusionen bezüglich einer künftigen AfD-Politik gegenüber Russland vorgetragen werden. In den Artikeln von Below und Fomitschew haben wir einige Stellen gekürzt, in denen den Leserinnen und Lesern bekannte Wahlergebnisse und mögliche Koalitionsoptionen dargestellt werden. Der Politikwissenschaftler Dmitri Rodionow warnt als einer der wenigen, dass Kräfte wie die AfD den feindseligen Kurs gegen Russland fortsetzen werden.

Zum Abschluss stellt Alexander Uralski vor dem Hintergrund der jüngsten Duma-Wahlen grundsätzliche Überlegungen des Politikwissenschaftlers Konstantin Bondarenkos vor, die dieser in seinem neuen Buch über die russische Elite entwickelt.

Wiederum bringen wir die Texte im O-Ton, mit Datum und Quelle als Arbeitsmaterial, – unzensiert und unkommentiert. Die Auswahl eines Textes bedeutet nicht Zustimmung. Für Inhalt und Tonlage sind allein die Autoren der Beiträge verantwortlich, für die kritische gedankliche Verarbeitung jede/r Leser/in. Kritik und Anregungen zu unserem Russland-Reader, für die wir dankbar sind, bitte an: redaktion@marxistischeblaetter.de.

Anmerkung

- ¹ Verantwortlich: Ditte Gerns,
Quellen zuletzt abgerufen am 22.9.2026

Wieder einmal die »deutsche Frage«¹

Alexander Agejew²

25.6.2026

Der Zeitpunkt des Ausbruchs eines großen Krieges in Europa schwankt um das Jahr 2030 herum. Dieses Jahr taucht – plus/minus – sowohl in offiziellen Verlautbarungen von EU- und deutschen Beamten als auch in den Spekulationen von Experten und Medien auf. Allerdings ist die Brisanz des Themas in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur »verwässert«, sondern steht auf einer Stufe, wenn nicht sogar unterhalb, beispielsweise der Entwicklung der Benzinpreise. Doch die Lage ist weitaus ernster, als es den Anschein hat.

1. Deutschlands Nuklearpotenzial

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass im Hauptquartier der Europäischen Union bereits eine geheime Ausarbeitung der Frage nach einem gesamteuropäischen Potenzial zur Herstellung von Atomwaffen in vollem Gange ist. Der russische Auslandsgeheimdienst wies am 8. April darauf hin, dass Deutschland, Italien, Tschechien, Belgien, die Niederlande, Schweden und Spanien über bedeutende Kompetenzen bei der Herstellung einzelner Komponenten von Atomwaffen verfügen. Besondere Aufmerksamkeit verdiente die Tatsache, dass deutsche Spezialisten in der Lage sind, in etwa einem Monat in den Heißzellen der Forschungslabore in Karlsruhe, Dresden, Erlangen und Jülich eine für einen nuklearen Sprengkörper ausreichende Menge an waffenfähigem Plutonium zu gewinnen und innerhalb einer Woche waffenfähiges Uran in der Anreicherungsanlage in Gronau.

Am 7. Mai äußerte sich ein beliebter Blogger zu den nuklearen Ambitionen Berlins, der »nebenbei« auch stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates ist: D. A. Medwedew. Vorsitzender dieses Gremiums ist W. W. Putin. D. A. Medwedew wies darauf hin, dass die Herstellung von Waffenmaterial aus auf dem Weltmarkt erworbenem Uran theoretisch in den Anlagen in Gronau (Nordrhein-Westfalen) mit einer Kaskade von Gaszentrifugen technisch machbar sei. Für die Modernisierung

der Produktion reichen drei Jahre aus, wodurch jährlich 17 Tonnen Waffenuran gewonnen werden könnten. Dies würde für die Herstellung von etwa 340 Sprengköpfen ausreichen. Darüber hinaus steht hochangereichertes Uran im Forschungsreaktor der Universität München in Garching zur Verfügung. Der ehemalige russische Präsident fasste seine Überlegungen wie folgt zusammen: »Selbst eine bloße Annäherung Deutschlands an Atomwaffen ist ein unbestreitbarer Casus Belli, der die Möglichkeit eröffnet, alle in den Grundlagen der staatlichen Politik der RF im Bereich der nuklearen Abschreckung enthaltenen Reaktionsmaßnahmen zu ergreifen.«

Somit steht fest: Potenziell könnte Deutschland in vier Jahren, bis 2030, über 340 Sprengköpfe verfügen. Mit 340 Sprengköpfen würde Deutschland auf einer nuklearen Stufe mit Großbritannien (225 Sprengköpfe) und Frankreich (370 Sprengköpfe) stehen. Insgesamt ist dies die Schwelle zum Status einer nuklearen Supermacht, den heute nur die RF und die USA besitzen, während China mit rasanten Schritten darauf zusteuert. Die russische militärisch-politische Führung hat die Situation unverblümt eingeschätzt. Es geht jetzt nicht um Absichten, geschweige denn um Worte; entscheidend ist die Logik der Entwicklung des Potenzials. Und natürlich ist der Fall Deutschland »etwas anderes« als der Iran mit seinem Atomprogramm.

2. Die Niederlage Russlands – ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Der abrupte Abbruch der seit einem halben Jahrhundert andauernden Annäherung zwischen Russland und Deutschland im Energiebereich hat zu steigenden Industriekosten, zur Schließung von Kapazitäten energieintensiver Betriebe, zu Insolvenzen und Arbeitslosigkeit sowie zu einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geführt. Mindestens zwei

Millionen Deutsche sind bereits in die USA und andere Länder ausgewandert. Deutschland kann seine preisliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit auf eine von zwei Arten zurückgewinnen – indem es eine strategische Niederlage Russlands herbeiführt. Diese Idee – wie man wieder relativ günstige Energieressourcen aus Russland beziehen kann – wurde am 1. März 2023 im Kommentar »Entscheidet sich die deutsche Elite erneut für den Krieg gegen Russland?« ausführlich analysiert. So wie damals der Mangel an Treibstoff und Lebensmitteln sowie die Motive der Revanche für die Niederlage im Ersten Weltkrieg Nazideutschland auf den Weg zur »Weltherrschaft« trieben, so haben sich auch jetzt wieder »die Umstände ergeben«. Und an Interpretationen und Begründungen wird es nicht mangeln.

Der zweite Weg zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit ist die forcierte Reindustrialisierung Deutschlands. Ihr bewährtes Mittel ist die Militarisierung. Bis zur nuklearen Schwelle gibt es ganze Produktbereiche, die der Kriegsgott Mars bereits für sich erobert. Bei Drohnen beispielsweise verschmelzen relativ alte Technologien aus dem Zeitalter der Luftfahrt mit den allerneuesten – künstliche Intelligenz, maschinelles Sehen, Navigation, Werkstoffe, Schwarmsteuerung usw. Die Produktion von Produkten für den Krieg im nahen Luftraum nimmt stetig zu. Bis zum angestrebten Zeitpunkt – 2028–2030 – werden ihre Anzahl und die Methoden zur Durchführung von Gruppenangriffen ein qualitativ neues Niveau erreichen. Um es noch deutlicher zu formulieren: Die Erschließung eines solchen Potenzials könnte den Bedarf an Atomwaffen verringern. Drohnen würden zu Waffen strategischer Bedeutung werden.

3. Verstoß Deutschlands gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990

Artikel 2 des genannten Vertrags lautet: »Die Regierungen der DDR und der BRD bekräftigen ihre Erklärungen,

dass von deutschem Boden aus nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinigten Deutschlands sind Handlungen, die den Frieden zwischen den Völkern zerstören können und dies zum Ziel haben, insbesondere die Vorbereitung zur Führung eines Angriffskrieges, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der DDR und der BRD erklären, dass das vereinigte Deutschland die ihm zur Verfügung stehenden Waffen niemals anders als im Einklang mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen einsetzen wird.«

Inzwischen ist das heutige Deutschland zum wichtigsten europäischen Förderer des Krieges gegen Russland über die Ukraine geworden und hat damit gegen Artikel 2 des Vertrags verstoßen.

Am 21. Oktober 2024 verstieß die BRD zudem gegen Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags, indem sie **auf eigene Initiative** auf dem Gelände des Hauptquartiers der Bundesmarine im ostdeutschen Rostock ein regionales Hauptquartier des NATO-Seekommandos eröffnete – zur Leitung und Koordinierung von Operationen und Manövern der Marineeinheiten des Bündnisses in der Ostsee. Der Vertrag verbietet eindeutig die Stationierung und den Einsatz ausländischer Truppen, von Atomwaffen und deren Trägersystemen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Am folgenden Tag, dem 22. Oktober, bestellte das russische Außenministerium den deutschen Botschafter in Moskau zu diesem Anlass ein und legte ihm einen entschiedenen Protest vor. Allerdings war damit alles schon vorbei. Die Einhaltung des grundlegenden Vertrags, der im rechtlichen Sinne den Zweiten Weltkrieg beendet hatte, wurde sich selbst überlassen. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. **Im Ergebnis steht Deutschland kurz vor einem erneuten Verstoß, und damit auch gegen die Bestimmungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.** Artikel 3 Absatz 1 des Zwei-plus-Vier-Vertrags lautet: »Die Regierungen der DDR und der BRD bekräftigen ihren Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügung über nukleare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, dass auch das vereinigte Deutschland diese Verpflichtungen einhalten wird. Insbesondere bleiben die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

vom 1. Juli 1968 ergeben, für das vereinte Deutschland bestehen.«

4. Die deutsche Wiedervereinigung – ein Vorbild für die Ukraine

Das Beispiel der deutschen Wiedervereinigung und der anschließenden schleichenden Abkehr von den eingegangenen Verpflichtungen dient den europäischen Politikern als Vorbild für eine vorübergehende Lösung in der Ukraine (siehe dazu den Kommentar »Russland in der Zange der ›Friedenspläne‹« vom 15. Oktober 2024). Der Kern des Modells besteht darin, den Konflikt entlang der Frontlinie einzufrieren und die kontrollierten Gebiete analog zu den »Besatzungszonen« im Nachkriegsdeutschland zu legalisieren. Für die vom Kiewer Regime kontrollierte Zone werden Garantien der NATO oder einer »Koalition der Willigen« mit der Entsendung von Besatzungstruppen gegeben, die als »Friedenstruppen« bezeichnet werden. Darauf folgen die Stationierung und der Ausbau konventioneller militärischer Kapazitäten sowie die Aufstellung landgestützter Mittel- und Kurzstreckenraketen – kurz gesagt: alles, was Russland im Sinn hat, wenn es von der Beseitigung der »Grundursachen« des Ukraine-Konflikts spricht.

Die 1949 in der westlichen Besatzungszone der BRD gegründete Bundesrepublik trat 1955 der NATO und 1957 der EU bei. Infolge eines freiwilligen geopolitischen Zugeständnisses der UdSSR der Gorbatschow-Ära – übrigens entgegen der Haltung von Paris, London und Washington, Deutschland zu vereinen – wurden am 3. Oktober 1990 die Verfassung und alle Verwaltungsorgane der DDR außer Kraft gesetzt, und die Verfassung der BRD trat auf diesem Gebiet in Kraft. Anschließend zog Russland seine Truppen (GSSD) unter dem vom aufgekratzten B. N. Jelzin dirigierten Orchesters ab. Im Jahr 2024 tauchten deutsche »Leoparden« in der Region Kursk auf, und der Bundeskanzler sprach von Raketenlieferungen an die Ukraine.

5. Die neue geopolitische Rolle Deutschlands

Die BRD beteiligt sich als eine der führenden Kräfte an praktisch allen aktuellen antirussischen Initiativen und Bündnissen. Seit Februar 2025 hat sie gemeinsam mit

Großbritannien den Vorsitz in der aus 56 Staaten bestehenden Kontaktgruppe zur Verteidigung der Ukraine inne. Sie ist eine Stütze der britisch-französischen »Koalition der Willigen«. Sie gehört zur Gruppe des Londoner Ultimatums an Russland, die Großbritannien, Frankreich und Deutschland vereint – die sogenannte Eurotroika (siehe dazu den Kommentar »Ultimatum: Die Quittung für den Geist?« vom 19. Juni).

Dieses Ultimatum wurde am 7. Juni 2026 öffentlich verkündet. Offiziell wurde es am 11. Juni von den Botschaftern der »Eurotroika« im russischen Außenministerium »überbracht«. S. W. Lawrow beschrieb die Situation wie folgt: »Das war der einzige Zweck ihres Besuchs im russischen Außenministerium.«

Innerhalb der NATO hat sich Deutschland die Rolle des »kritischen Rückgrats« – des logistischen Kerns der Streitkräfte – zu eigen gemacht. Gemäß dem »Operationsplan Deutschland« von 2024 wird das deutsche Staatsgebiet zum wichtigsten Transitstützpunkt für den Vormarsch der NATO-Verbündeten an die Ostflanke des Bündnisses.

Der Bundeswehr soll bis 2039 zur stärksten konventionellen Armee Europas ausgebaut werden. Die Truppenstärke soll bis 2035 von 180.000 aktiven Soldaten und 70.000 Reservisten auf 260.000 bzw. 200.000 erhöht werden. Dabei nimmt Deutschland das gesamte Baltikum unter seine Fittiche. Gemäß den Plänen der NATO wird in Litauen die 45. deutsche Panzerbrigade »Litauen« stationiert, während Lettland und Estland von einem deutsch-niederländischen Korps mit einer Stärke von 40.000 bis 60.000 Mann geschützt werden, das in Münster stationiert ist. Die Streitkräfte der RF würden in einem hypothetischen direkten Konflikt mit der NATO bereits in den ersten Minuten genau auf den Bundeswehr treffen.

Im Gesamtkonzept der militärischen Verteidigung geht die Hauptbedrohung für die BRD von der RF aus, und die Hauptaufgabe der Bundeswehr besteht in der Verteidigung nicht nur der BRD, sondern des gesamten Nordatlantikbündnisses. Deutschland übernimmt eine zusätzliche Last und beabsichtigt, eine »zielgerichtete konventionell-strategische Verantwortung« für den gesamten europäischen Kontinent zu tragen.

6. Militärisch-industrielle Integration mit der Ukraine

Berlin wird auch weiterhin die ukrainische »Drohnen-industrie« unterstützen und gemeinsame Produktionsprojekte ausbauen. Das russische Verteidigungsministerium hat am 15. April die Standorte »ukrainischer« und »gemeinsamer« Unternehmen veröffentlicht, die in europäischen Ländern Drohnen und Komponenten für die Ukraine herstellen. In Deutschland, in München, befinden sich zwei Produktionsstätten: »Da Vinci Avia« – Drohnen/Komponenten für »Da Vinci«-Drohnen – und »Airlogix« – Drohnen/Komponenten für »Anubis«-Drohnen.

Darüber hinaus hat der europäische Rüstungskonzern MBDA, Hersteller der britisch-französischen »Storm Shadow«-Raketen und der deutschen »Taurus«-Raketen, eine Absichtserklärung über die Serienproduktion der ukrainischen Marschflugkörper »Neptun« unterzeichnet, die auf der sowjetischen Rakete X-35 basieren. Derzeit produziert Kiew jährlich etwa 50 solcher Raketen. Die Vereinbarung wurde auf der Messe Eurosatory 2026 geschlossen und sieht die Entwicklung einer modernisierten Version »Neptun-2« vor.

Im April gab der deutsche Konzern Rheinmetall die Gründung des Joint Ventures »Rheinmetall Destinus Strike Systems« mit dem niederländischen Unternehmen Destinus zur Herstellung von Marschflugkörpern und ballistischen Raketen bekannt. Destinus stellte 2024 den Marschflugkörper »Ruta Block 1« mit einer Reichweite von bis zu 300 km und einem Gefechtskopfgewicht von 150 kg vor. Anfang 2026 folgte dann der schwer zu ortende Marschflugkörper »Ruta Block 2« mit einer Reichweite von bis zu 450 km, der im Auftrag der ukrainischen Streitkräfte entwickelt wird. Die Produktion von rund 700 »Ruta«-Marschflugkörpern für die Ukraine wird von den Niederlanden finanziert.

Im Jahr 2026 beabsichtigt Deutschland, der Ukraine 11,5 Mrd. € zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2027 wird Kiew von Deutschland 11,6 Mrd. € erhalten und im Zeitraum von 2028 bis 2030 jeweils 8,5 Mrd. € pro Jahr.

7. Die Logik hinter Russlands Vorgehen

Der faktische Austritt Deutschlands aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag hat Russland rechtlich wieder in die geopolitische Lage vor dem 12. September 1990 zurückversetzt, als dieser Vertrag unterzeichnet wurde. Dies bestimmt im Grunde genommen den tatsächlichen Ausgangspunkt für Verhandlungen mit den USA und der NATO über die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Eurasien unter Berücksichtigung der russischen Interessen.

Die Situation, in der sich die Bundesrepublik schrittweise von den Grundprinzipien des Vertrags von 1990 abwendet, erinnert an die Kündigung des Versailler Friedensvertrags durch Deutschland, die den Weg zum Zweiten Weltkrieg ebnete. Die Nuklearisierung Deutschlands mit seinem Verlangen nach Revanche für den Sieg der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945 stellt eine ernsthafte Herausforderung für Russland dar. Diese wird Russland zweifellos erneut meistern. Doch welchen Preis hat das Fehlen oder das verspätete Ergreifen klarer und wirksamer Maßnahmen? Die deutsche Frage rückt erneut in den Mittelpunkt der europäischen geopolitischen Agenda und verwächst dabei mit den Realitäten des Ukraine-Konflikts.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 hat das Recht Russlands festgeschrieben, Inspektionen von Nuklearanlagen der BRD auch ohne die IAEO zu verlangen, wobei es sich auf sein Recht als Vertragspartei beruft. Die Chancen, dass einer solchen Forderung Russlands stattgegeben wird, sind gleich null. Die offizielle Weigerung Berlins, der rechtmäßigen Forderung Russlands nachzukommen, schafft in Verbindung mit den bis heute angehäuften Verstößen einen ganz konkreten Rahmen für mögliche rechtliche Schritte Russlands. Auf jeden Fall ist dieses Konzept fundierter als auf die Einbindung in einen amorphen »Verhandlungsprozess« Gerhard Schröders zu setzen. Bei allem Respekt vor ihm – der gemäßigte Teil der deutschen Elite hat seine frühere Autorität und seinen Einfluss verloren.

Das Streben nach einem neuen »Drang nach Osten« bestimmt zunehmend den Ton der deutschen Politik. Der Nationalsozialismus ist schließlich weder im Mai 1945 noch nach den Nürnberger Prozessen verschwunden. Es

geht nicht nur um Revanchismus oder dessen Mutation zum Neonazismus. Es entstehen neue Formen der nationalsozialistischen Selbstorganisation von Gruppierungen, die sich von digitalen, technologischen, grünen und anderen globalen Themen inspirieren lassen. Die Logik von Kater Leopold, der sagt: »Lasst uns friedlich zusammenleben« – ist liebenswert und mag sogar unglaublich vielversprechend erscheinen. Nur fließt jeden Tag Blut, und das nicht nur an der Front.

»Mögen schwarze Flügel es nicht wagen, über dem Vaterland zu fliegen ...«? Als in der Nacht zum 22. Juni in der Festung Brest die versammelten Parlamentarier von zwei Dutzend Staaten in einem gemeinsamen Impuls bei den ersten Klängen von »Der heilige Krieg« aufstanden, hat da vielleicht jemand naiv gedacht, dass in den Tiefen der Seele nur der unermessliche Schmerz über die bevorstehenden 1.418 Tage und Nächte voller Prüfungen und Verluste widerhallt? Glaubt da vielleicht jemand, dass Denkmäler nur deshalb zu Heiligtümern werden, um an diejenigen zu erinnern, die »niemals kommen werden, ... nicht nach Jahren, nach Jahrhunderten«? Versteht denn niemand, dass, wenn die Erinnerung ausgelöscht wird, auch die Zukunft zerstört wird, für die unsere Vorfahren vor 85 Jahren gekämpft haben? Und hat denn jemand vergessen, zu welcher Tragödie die Missachtung der offensichtlichen Realität führt?

Anmerkungen

- 1 <https://izborsk-club.ru/28338>
- 2 Alexander Agejew, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität und Mitglied der Russischen Akademie der Naturwissenschaften. Generaldirektor des Instituts für Wirtschaftsstrategien der Abteilung für Sozialwissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften, Präsident der Internationalen Akademie für Zukunftsforschung, Leiter des Lehrstuhls für Business-Projektmanagement der Nationalen Forschungsuniversität »MIFI«, Generaldirektor des Internationalen Instituts P. Sorokin – N. Kontratjew. Chefredakteur der Zeitschriften »Wirtschaftsstrategien« und »Partnerschaft der Zivilisationen«. Ständiges Mitglied des Isborski Klubs.

Weltkrieg oder bloße Anarchie?¹

Was geschieht in der heutigen Welt?

Iwan Timofejew²

26.6.2026

Die anhaltende Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem »kollektiven Westen«, die Militäraktion der USA und Israels gegen den Iran, die Lage im Gaza-Streifen, im Jemen und an anderen Krisenherden der Welt werfen zwangsläufig die Frage auf, was in der heutigen Welt vor sich geht. Militärische Konflikte werden ergänzt durch eine Revolution in der Kriegsführung, die weitreichende Verbreitung verschiedener Formen der sogenannten hybriden Kriegsführung im Informations- und Digitalraum sowie durch wirtschaftliche und finanzielle Restriktionen. Es besteht die Versuchung, das Geschehen als einen neuen Weltkrieg zu charakterisieren, der bereits im Gange ist und dessen Ende nicht abzusehen ist.

Eine solche Einschätzung erscheint jedoch verfrüht. Die internationalen Beziehungen befinden sich in der gewohnten Situation der Anarchie, d. h. des Wettbewerbs zwischen Staaten in Abwesenheit eines stabilen und wirkamen Völkerrechts und eines Gewaltmonopols. Anarchie kann in Zukunft zu einem Weltkrieg eskalieren, ist aber keineswegs mit diesem gleichzusetzen. Eine genaue Einordnung der aktuellen Lage ist wichtig, um die dafür geeigneten außenpolitischen Instrumente zu bestimmen.

Der Begriff des Weltkriegs lässt sich hinsichtlich des Ausmaßes und der Kampfmethoden sowie der Organisationsstruktur seiner Beteiligten charakterisieren. Was das Ausmaß betrifft, muss es sich um die Einbeziehung aller oder eines wesentlichen Teils der führenden Mächte in den Konflikt handeln, der den gesamten geografischen Raum der Welt oder einen großen Teil davon umfasst. Was die Kampfmethoden betrifft, so geht es um den Einsatz eines breiten Spektrums militärischer und nichtmilitärischer Instrumente, die darauf abzielen, den Gegner zur Kapitulation zu zwingen oder ihn radikal zu zermürben und seinen politischen Kurs in der Außen- und Innenpolitik zu ändern. Was die Organisationsstruktur betrifft,

so geht es um das Vorhandensein stabiler oder zumindest vorübergehender Koalitionen der am Konflikt beteiligten Länder. Hinzu kommt der Kampf politischer Ideologien und Doktrinen, die die Koalitionen vereinen, obwohl dieses Merkmal bei weitem nicht immer von Bedeutung ist. Als Hauptfaktor des Konflikts gilt das Aufeinandertreffen konkreter materieller Interessen der Großmächte, ihr Wettbewerb um Ressourcen, Macht und Vorherrschaft in einzelnen Regionen der Welt und in den internationalen Beziehungen insgesamt.

Das 20. Jahrhundert bietet reichhaltige Erfahrungen mit Weltkriegen. Zum Brennpunkt des Ersten Weltkriegs wurde der europäische Kriegsschauplatz. Die Kampfhandlungen in anderen Regionen waren weitaus weniger intensiv. Doch der Ausgang des Krieges beeinflusste faktisch die Perspektiven für die Neuaufteilung der Welt unter den führenden Kolonialmächten. Es wurden alle bekannten militärischen und nichtmilitärischen Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Zu den letzteren gehörten intensive Propaganda und Handelsblockaden. Der Konflikt entbrannte zwischen zwei Koalitionen. Diese veränderten sich im Verlauf des Konflikts, doch ihre Struktur hatte sich bereits lange vor Kriegsbeginn herausgebildet. Der Zweite Weltkrieg nahm weitaus größere Ausmaße an. Zu dem entscheidenden europäischen Kriegsschauplatz kamen Kämpfe im Pazifik und in Afrika hinzu. Der Höhepunkt war der Einsatz von Atomwaffen. Der Krieg endete mit der vollständigen Niederlage der »Achsenmächte«.

Der Kalte Krieg eskalierte nicht bis zum Einsatz aller verfügbaren Waffenarten. Als Bremsfaktoren wirkten das nukleare Gleichgewicht und die Gefahr eines für den Angreifer unzumutbaren Schadens infolge eines Vergeltungsschlags. Die militärische Konfrontation spielte sich jedoch an der Peripherie der führenden Mächte ab (Korea, Vietnam, Afghanistan usw.). Um die beiden Gegner – die

UdSSR und die USA – bildeten sich stabile Koalitionen, die durch enge militärische, wirtschaftliche und ideologische Bindungen vereint waren. Der Kalte Krieg eskalierte nicht zu einem Dritten Weltkrieg im herkömmlichen Sinne. Dennoch war er globaler Natur und endete mit einer schweren Niederlage des Sowjetblocks. Die Folge war der Zerfall der Koalition der sozialistischen Länder, ihre Integration in das westliche Modell und der Zusammenbruch der Sowjetunion selbst.

Die heutige Situation unterscheidet sich deutlich von den Erfahrungen der Vergangenheit. Bewaffnete Konflikte an verschiedenen Orten der Welt weisen kaum jene Gemeinsamkeit eines Kampfes konkreter Machtzentren auf, die hinter den Weltkriegen der Vergangenheit stand. Die Krise am Persischen Golf steht in einem schwachen Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt. Man könnte sie als Kampf der USA um die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie darstellen. Das Problem ist jedoch, dass Washington keinen gemeinsamen Gegner hat. So bestehen beispielsweise zwischen dem Iran und Russland keine gegenseitigen militärischen Verpflichtungen. Die Auseinandersetzungen an der indisch-pakistanischen Grenze lassen sich kaum in den Rahmen eines Weltkrieges einordnen. Ebenso wenig wie die Zwischenfälle an der indisch-chinesischen Grenze. Ebenso wenig wie kleinere, aber aufschlussreiche Konflikte, wie zum Beispiel der jüngste Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan. Hinter ihnen verbirgt sich keine grundlegende Linie eines weltweiten Konflikts.

Folglich gibt es heute auf globaler Ebene keine klaren Koalitionen gegnerischer Seiten. Man könnte meinen, eine solche Koalition gäbe es rund um die USA. Doch sie entstand unter anderen Bedingungen und für andere Ziele. Darüber hinaus fehlt es grundsätzlich an einer gegnerischen Koalition. Die Länder der weltweiten Mehrheit

sind zersplittert. Ein Teil von ihnen unterhält engste Beziehungen zu den USA. Selbst China, das eigentlich ein strategischer Gegner der USA ist, hat es nicht eilig, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu ihnen abubrechen. Russland arbeitet eng mit der VR China zusammen. Aber wir haben kein Militärbündnis und keine gegenseitigen Verpflichtungen für den Kriegsfall.

Es fehlen auch politische Doktrinen, die eine Grenze zwischen den gegnerischen Lagern ziehen würden. Die USA und das westliche Lager verfügen über eine Doktrin, die sie aus dem Kalten Krieg geerbt haben. Eine konsequente und gründlich durchdachte Alternative hat jedoch bislang noch niemand vorgeschlagen. Es gibt Parolen, aber keine alternative politische Philosophie. Auch ein globaler Konflikt der Zivilisationen ist bislang nicht absehbar. Obwohl eine ganze Reihe von Staaten eine zivilisatorische Komponente in ihre politische Identität einbeziehen (Russland, die VR China, Indien), ist es offensichtlich noch zu früh, von einem Zusammenprall der Zivilisationen zu sprechen, geschweige denn in Form eines Weltkriegs.

Man kann feststellen, dass der Weltkrieg »hybride Formen« angenommen hat. Aber gab es diese nicht schon früher? Der Kampf der Geheimdienste ist so alt wie die Welt. Informationskampagnen wurden schon seit dem Aufkommen des Buchdrucks geführt. Das heißt, die technologischen Mittel ändern sich, aber nicht der Kern der Sache. Wurden Geheimnisse früher von Geheimagenten gestohlen, so sind es heute IT-Spezialisten. Natürlich sind die neuen Instrumente gefährlich, und die Grenzen ihres Einsatzes sind noch unklar. Doch die »hybriden« Formen der Konfrontation einzelner Länder allein machen den Krieg noch lange nicht zu einem Weltkrieg.

Unter dem Strich: Einen Weltkrieg gibt es noch nicht. Stattdessen gibt es eine Reihe von Krisen und Konflikten unterschiedlicher Intensität, mit unterschiedlichen Akteuren, Zielen und Mitteln. Aber wenn es kein Weltkrieg ist, was dann?

Jeder Student der Internationalen Beziehungen beginnt sein Studium mit einem Grundpostulat: Internationale Beziehungen sind anarchisch. Im Gegensatz zur Innenpolitik, wo es mit dem Staat einen Monopolisten auf Gewalt gibt, gibt es in den internationalen Beziehungen

keinen solchen Monopolisten. Das Völkerrecht existiert zwar, lässt sich aber nicht durch ständigen, systematischen und vor allem legitimen Zwang durchsetzen. Das bedeutet, dass Staaten dazu verdammt sind, unter den Bedingungen der Angst vor potenzieller Aggression, des Kampfes um Ressourcen und Einfluss zu leben. Das heißt, sie befinden sich in einem Zustand der sogenannten Hobbes'schen Angst: Ein Staat ist dem Staat ein Wolf. Das Sicherheitsproblem lässt sich durch den Ausbau der eigenen Kapazitäten, durch den Zusammenschluss relativ gleichstarker Akteure zu Koalitionen oder durch den Beitritt zu stärkeren Akteuren zu deren Bedingungen lösen. Der historische Moment, den wir heute erleben, ist eine für die internationalen Beziehungen typische Anarchie, in der die Akteure ihre Sicherheitsprobleme auf gewohnte Weise lösen, wenn auch unter Einbeziehung neuer technologischer Komponenten.

Ist eine solche Anarchie gefährlich? Zweifellos. Ein Zusammenstoß zweier Großmächte – sei es aus absichtlichen oder unbeabsichtigten Gründen – kann globale Folgen haben. So würden beispielsweise bei einem Austausch von Atomschlägen zwischen Russland und den USA alle leiden. Doch heute wäre ein solcher Austausch kaum die Folge eines Weltkriegs. Die Gefahr besteht darin, dass die für Anarchie typische ständige Abfolge unterschiedlichster Konflikte zu Folgen führen kann, die einem breiteren Kreis von Akteuren Schaden zufügen. Und dieser Schaden kann vielfältig sein – von logistischen Störungen bis hin zu den Folgen des Einsatzes von Atomwaffen.

Ist der aktuelle Konflikt zwischen dem Westen und Russland Teil eines Weltkriegs? Nein. Denn es gibt gar keinen Weltkrieg. Vielmehr handelt es sich um eine langwierige Folge des Endes des Kalten Krieges und des Zusammenbruchs der UdSSR. In dieser langwierigen Konfrontation versuchte der Westen, die Ergebnisse zu seinen Gunsten zu festigen, indem er seine militärische Infrastruktur nach Osten ausweitete und die postsowjetischen Länder in seinen Einflussbereich einbezog. Die Ukraine war dabei ein entscheidendes Ziel, da sie einer der größten Teile der UdSSR war, ohne den jedes Integrationsprojekt unvollständig gewesen wäre. Russland, das Anfang der 2000er Jahre an Stärke gewonnen hatte,

versuchte, das Blatt zu wenden. Der bewaffnete Konflikt um die Ukraine wurde zum Höhepunkt einer Krise, deren Ursachen sich über drei Jahrzehnte hinweg aufgebaut hatten. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. Allerdings hat sich rund um den Konflikt zwischen Russland und dem kollektiven Westen keine größere Gruppe von Akteuren aus anderen Machtzentren gebildet, die dazu beitragen könnten, den Krieg zu einem Weltkrieg zu machen.

Was wir heute beobachten, ist der Versuch, gegenüber Russland so etwas wie den Krimkrieg von 1853–1856 zu inszenieren. Die Ukraine spielt dabei die Rolle der Türkei jener Zeit. Es gibt jedoch viele Unterschiede. Und der wichtigste davon besteht darin, dass sich die westlichen Länder bislang nicht offen in den Konflikt einmischen und Russland selbst kaum in einer Situation der passiven Verteidigung gegen einen angreifenden Gegner befindet. Die Einordnung des russisch-ukrainischen Konflikts ist jedoch Gegenstand einer anderen Analyse.

Anmerkungen

- 1 <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/mirovaya-voyna-ili-obychnaya-anarkhiya-cto-proiskhodit-v-sovremennom-mire/>
- 2 Iwan Timofejew, Generaldirektor des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«

Europa und die Ukraine¹

Wie wird Russland reagieren?

Dmitri Trenin²

4.8.2026

Zum ersten Mal seit 1945 sind die europäischen Länder wieder zum wichtigsten aktuellen militärischen Gegner Russlands geworden. Die USA, die sich in die zweite Linie zurückgezogen haben, behalten ihre Führungsrolle im Westblock bei. Die Europäische Union und England bereiten sich auf einen Krieg mit Russland vor – nicht nur und nicht so sehr »auf Geheiß der USA«, wie man früher sagte, sondern auch ausgehend von ihren eigenen Zielen.

Die Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland

Die Führungskräfte der Europäischen Union nutzen den Ukraine-Konflikt zur inneren Geschlossenheit, zur geopolitischen Selbstbestätigung, zur ideologischen Vereinheitlichung unter dem Motto »Alle in den Kampf gegen Russland« und zur Festigung der Position der herrschenden Elite. Die Militarisierung der EU wird in diesem Zusammenhang als Ausgleich für die Deindustrialisierung und als Motor für wirtschaftliches Wachstum betrachtet.

Die Ukraine als Anti-Russland – ein gemeinsames Projekt der USA und der Europäischen Union, vor allem Deutschlands. Die Ostpolitik der BRD, die in den 1970er Jahren zur Entspannung der Beziehungen zwischen dem Westen und der UdSSR beitrug, hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf die osteuropäischen Länder und die ehemaligen Republiken der UdSSR, vor allem die Ukraine, verengt. In Berlin werden diese Länder als Sphäre deutschen wirtschaftlichen und politischen Einflusses betrachtet.

Zum aktuellen Ukraine-Konflikt hat nicht nur das Bestreben Washingtons geführt, die NATO auf die Ukraine auszuweiten, sondern auch die Weigerung Berlins und Brüssels, die Frage der Assoziierung der Ukraine

mit der EU unter Berücksichtigung der Interessen Moskaus zu klären.

Heute betrachten die europäischen Eliten die Ukraine als wichtigstes Instrument zur Lösung der »Russlandfrage« – um Russland eine strategische Niederlage zuzufügen und unser Land auf das Niveau eines zweitrangigen Staates herabzustufen, der in den internationalen Beziehungen ein Objekt, kein Subjekt ist. Ein solches Ziel hat sich der Westen zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gesetzt.

Es muss besonders betont werden, dass das Ziel der aktuellen Strategie des Westens nicht die Abschreckung Russlands ist, wie es während des Kalten Krieges der Fall war, sondern dessen Zerschlagung. Seit Ende 2025 versuchen die Europäer gemeinsam mit den Amerikanern, mithilfe der Ukrainer eine Strategie zum Sieg über Russland durch Luftangriffe tief im Inneren unseres Landes umzusetzen.

Konkrete Ziele dieser Strategie sind:

- Ausübung von Druck auf die breite Bevölkerung Russlands, Schüren von Unzufriedenheit mit der Politik der russischen Behörden;
- Hervorrufen von Spaltungen in die Reihen der russischen politischen und wirtschaftlichen Elite, Förderung einer harten innenpolitischen Opposition gegen den Kurs des Präsidenten;
- Russland zu einem Waffenstillstand zu westlichen Bedingungen zu zwingen, was faktisch einer Kapitulation gegenüber dem Westen gleichkommt;
- Diskreditierung der derzeitigen russischen Regierung und Herbeiführung eines Machtwechsels im Land;
- Herbeiführung eines radikalen Wandels im außenpolitischen Kurs Russlands und Umwandlung des Landes in einen Satellitenstaat der EU und der USA;
- Übernahme der Kontrolle über die Energie- und Bodenschätze Russlands durch westliches Kapital.

- Die westlichen Strategen lassen sich wahrscheinlich weiterhin von den Gespenstern des Februars 1917 und des Augusts 1991 inspirieren.

Die Stellung und Rolle der Ukraine

Die Ukraine nimmt in dieser Strategie eine zentrale Stellung ein. Sie ist vollständig in die militärisch-politische Strategie des Westens gegenüber Russland integriert. Das Kiewer Regime fungiert als wichtigstes Instrument des Krieges, um Russland durch dessen Zermürbung und Destabilisierung zu zerschlagen. In den nächsten zwei bis drei Jahren ist Europa bereit, diesen Krieg zu finanzieren, Kiew zu bewaffnen und die Militäroperationen der ukrainischen Streitkräfte sowie die terroristischen und Sabotageaktivitäten der ukrainischen Geheimdienste gegen Russland und seine Bürger umfassend zu unterstützen.

Sollte die Bandera-Ukraine nach Beendigung der Kriegshandlungen weiterbestehen, wird es keinen Frieden mit Russland geben. Der einzige Daseinszweck einer solchen Ukraine wird darin bestehen, Russland ständig maximalen Schaden zuzufügen. Eine tiefgreifende Entnazifizierung der Ukraine ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherheit Russlands.

Die Erreichung der Ziele der militärischen Spezialoperation wird Zeit in Anspruch nehmen, stellt jedoch für uns die minimal akzeptable Grundlage für künftige Beziehungen zu Europa dar. Doch selbst bei Erfüllung dieser Bedingung ist in absehbarer Zukunft nicht mit einer positiven Normalisierung der Beziehungen zur EU und zu Großbritannien zu rechnen. Europa wird für uns auf lange Sicht nicht nur ein geopolitischer, sondern auch ein wahrscheinlicher militärischer Gegner bleiben.

Im Zuge der Verwirklichung der Ziele der militärischen Spezialoperation besteht die Wahrscheinlichkeit einer direkten Konfrontation zwischen Russland und Europa,

und diese Wahrscheinlichkeit nimmt zu. Die Strategie der EU und Englands ist eindeutig auf eine Eskalation ausgerichtet: von Drohnenangriffen über Angriffe mit Marschflugkörpern bis hin zu ballistischen Raketenangriffen auf russische Städte.

Darüber hinaus planen die Briten und Franzosen nach wie vor die Stationierung ihrer Truppen in der Ukraine für den Fall, dass die Kampfhandlungen beendet oder nur ausgesetzt werden. In Moskau wurde eine solche militärische Präsenz der beiden führenden europäischen NATO-Staaten auf ukrainischem Territorium wiederholt als inakzeptabel und unerträglich bezeichnet, d. h. als etwas, das zu einem direkten militärischen Konflikt mit Paris und London führen würde.

Dennoch gehen die europäischen Eliten, die ihre Strategie durch die Hände der Ukrainer umsetzen, leichtfertig davon aus, dass Russland sich nicht zu einem Angriff auf ihre eigenen Länder entschließen werde. Unsere Angriffe auf die Ukraine beunruhigen die Europäer absolut nicht.

Unsere Antwort an Europa und die Ukraine

Die russische Armee führt in letzter Zeit systematische Angriffe durch, um die Ukraine von europäischen und anderen Quellen abzuschneiden, über die sie ihre Waffenarsenale auffüllen und andere strategisch wichtige Materialien beschaffen kann. Bisher konzentrieren sich diese Angriffe hauptsächlich auf die ukrainischen Schwarzmeerhäfen. Es wäre logisch, wenn sie auch die Landgrenzübergänge der Ukraine zu den NATO-Staaten – Polen, Rumänien und anderen – erfassen würden.

Ukrainische Drohnen greifen regelmäßig die Region um Sankt Petersburg an und nutzen dabei den Luftraum der baltischen Staaten – Mitglieder der NATO und der EU. Die Beteiligung der baltischen Führungsspitzen an den Angriffen auf Russland macht Estland, Lettland und Litauen logischerweise zu Zielen für Vergeltungsschläge unsererseits.

Russland hat die europäischen Länder, auf deren Territorium sich Rüstungsbetriebe befinden, die im Interesse der ukrainischen Streitkräfte tätig sind, auf offizieller Ebene öffentlich gewarnt, dass diese Betriebe zum Ziel russischer Vergeltungsschläge werden könnten. Unter

bestimmten Umständen ist davon auszugehen, dass diese Schläge tatsächlich erfolgen werden.

Russland stuft die Festsetzungen und Beschlagnahmungen von Handelsschiffen, die russische Häfen anlaufen, durch europäische Staaten als Akte der Piraterie ein. Eine solche Einstufung erfordert eine strenge rechtliche Ausföhrung und entsprechende Rechtsgrundlagen für Vergeltungs- oder Präventivmaßnahmen gegen die modernen europäischen Piraten.

Russland ergreift bereits Maßnahmen zum Schutz von Handelsschiffen. Zu diesen Maßnahmen gehören die Begleitung der Schiffe durch Schiffe der Kriegsmarine sowie die Bereitstellung von Mitteln zur bewaffneten Verteidigung für die Schiffe. In jüngster Zeit führt die russische Armee als Reaktion auf Angriffe auf russische Schiffe ebenfalls Angriffe auf Schiffe durch, die im Interesse der Ukraine operieren.

Von Zeit zu Zeit werden in Europa Drohungen laut, Russland den Zugang zum Finnischen Meerbusen zu versperren sowie die Region Kaliningrad zu blockieren. Eine Blockade ist ein Kriegshandlung. Im Falle eines Versuchs, diese Drohungen in die Tat umzusetzen, müsste Russland zweifellos massive Schläge gegen die NATO-Staaten führen. Tatsächlich ist dies eines der Szenarien für den Ausbruch eines Krieges direkt zwischen der NATO und Russland.

Ein Krieg Russlands gegen die NATO (und die Ukraine) unter ausschließlicem Einsatz konventioneller Waffen ist für Russland eine ungünstige Option: Der Gegner, der zudem über die Unterstützung der USA und einer Reihe weiterer Länder verfügt, ist Russland in einer Reihe wichtiger Parameter überlegen. In diesem Zusammenhang müssen wir den Europäern ein unmissverständliches – und nicht mehr nur verbales – Signal senden, dass Russland zu einem bestimmten Zeitpunkt Atomwaffen einsetzen könnte.

Man muss jedoch bedenken, dass dieses Signal vom Gegner nur dann richtig verstanden und aufgenommen wird, wenn wir zuvor konsequent die Stufen der Eskalationsleiter hinaufsteigen. Das Konzept dieser Eskalationsleiter und ihre einzelnen Stufen müssen natürlich sorgfältig ausgearbeitet werden.

Die Analyse des seit vielen Jahren andauernden Konflikts zwischen dem Westen und Russland zeigt, dass die russische Führung stets enorme Zurückhaltung und Geduld bewiesen hat. Dennoch ließen die Handlungen der USA und ihrer europäischen Verbündeten im Februar 2014 und im Februar 2022 Moskau keine andere Wahl. Diese Situation könnte sich in Zukunft wiederholen, allerdings in einer weitaus gefährlicheren Variante.

Perspektiven

Sollte es uns gelingen, die militärische Spezialoperation zu einem zufriedenstellenden Abschluss zu bringen und dabei einen großen Krieg mit der NATO – mit dem in einem solchen Fall wahrscheinlichen Einsatz von Atomwaffen – zu vermeiden, wird die militärisch-politische Lage zwischen Russland und den europäischen Ländern noch lange Zeit instabil bleiben. Sie wird sich deutlich von der relativ stabilen Konfrontation der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheiden.

Die Ukraine – sofern das Regime in Kiew bestehen bleibt – wird in absehbarer Zukunft kaum in die NATO und die Europäische Union aufgenommen werden. Dies wird Russland jedoch keine Erleichterung bringen. Die Ukraine ist bereits in das militärpolitische und militärtechnische System des Westens integriert. Die ukrainischen Streitkräfte sind ein Instrument der westlichen Strategie, der militärisch-industrielle Komplex der europäischen Länder nutzt die Ukraine als Testgelände, und die ukrainischen Geheimdienste arbeiten unter strenger Anleitung der Geheimdienste der USA, Englands und anderer NATO-Staaten.

Eine formelle Mitgliedschaft der Ukraine in westlichen Bündnissen würde in der Praxis lediglich Verpflichtungen der westlichen Länder gegenüber Kiew bedeuten, die die Amerikaner und viele andere jedoch nicht eingehen wollen.

Die Europäische Union und Britannien werden im militärischen Bereich enger zusammenarbeiten, aber sie werden nicht in der Lage sein, ein Subjekt zu werden – also einen rein europäischen militärisch-politischen Bündnis als Ersatz für die NATO zu schaffen. Unter den europäischen Ländern gibt es keine Führungspersönlichkeiten,

die einen solchen Vereinigungsprozess in Gang setzen könnten. Zudem werden die USA, die über ein umfangreiches und einflussreiches Netzwerk von Agenten in den europäischen Ländern verfügen, nicht zulassen, dass sich die NATO zu einer zweigliedrigen Allianz zwischen Amerika und Europa wandelt.

Unter diesen Umständen würde eine Europäisierung der NATO eine Neuverteilung der Lasten zwischen den USA und den europäischen Ländern bedeuten, wobei die Verantwortung der Europäer zunimmt – ohne dass die Amerikaner ihre Kontrollhebel über ihre Verbündeten verlieren.

Dennoch können eine Reihe von Faktoren von unserer Außenpolitik zum Vorteil Russlands genutzt werden.

- Erstens wird Europa mittelfristig wahrscheinlich mit ernsthaften Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des derzeitigen Niveaus der Finanzierung und Bewaffnung Kiews konfrontiert sein, ganz zu schweigen von einer Erhöhung dieses Niveaus.
- Zweitens könnten sich die EU und Britannien in einer Lage wiederfinden, in der die Bemühungen um eine Militarisierung der europäischen Wirtschaft in Verbindung mit immer umfangreicheren Sanktionen gegen Russland die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber seinen wichtigsten wirtschaftlichen Konkurrenten – den USA und China – weiter schwächen. Infolgedessen könnte der Wunsch nach einem Frieden mit Russland aufkommen.
- Drittens könnte die Zunahme innerer sozialer und ökonomischer Schwierigkeiten in den europäischen Ländern zu Unzufriedenheit unter den Wählern führen und den Aufstieg politischer Kräfte begünstigen, die in ihrer Haltung gegenüber Russland angemessener sind als ihre Vorgänger. (Bereits 2027 finden Präsidentschaftswahlen in Frankreich und Parlamentswahlen in Polen statt, 2029 folgen die Wahlen zum Deutschen Bundestag.)

Man sollte nicht darauf vertrauen, dass diese Tendenzen es Russland automatisch ermöglichen werden, seine Ziele zu erreichen, aber man sollte sie auch nicht völlig außer Acht lassen. Höchstwahrscheinlich wird nach Beendigung der

Kampfhandlungen in der Ukraine nicht sofort ein dauerhafter Frieden eintreten, Europa wird Russland gegenüber feindselig bleiben, und das, was letztendlich von der Ukraine übrig bleibt, wird den europäischen Eliten als Druckmittel gegenüber Russland dienen. Der Kampf um die Sicherheit des Landes in westlicher Richtung wird höchstwahrscheinlich noch sehr lange andauern.

Anmerkungen

- 1 <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/evropa-i-ukraina-chem-otvetit-rossiya/>
- 2 Dmitri Trenin, Politologe, Präsident des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten (RIAC)

Ein Jahr nach Anchorage¹

Wie der Iran das Abkommen zwischen Trump und Putin zunichte gemacht hat

Maxim Schewtschenko²

Vor genau einem Jahr, am 15. August 2025, fand in Anchorage, Alaska, ein Treffen zwischen den Präsidenten der USA und Russlands statt. Damals schien es, als würde der »Geist von Anchorage« zum Symbol einer globalen Annäherung werden. Doch ein Jahr ist vergangen – und das Kräfteverhältnis hat sich bis zur Unkenntlichkeit verändert. Maxim Schewtschenko analysiert: Warum hat sich das für Moskau demütigende Abkommen zu einer Chance entwickelt, wenn schon nicht für einen Sieg, so doch für einen günstigen Ausgang des gesamten Konflikts? Und damit hatte niemand gerechnet.

Die Symbolik des schmalen Weges

Der Ausdruck »Geist von Anchorage« wurde zum Symbol für die Annäherung zwischen den USA und Russland, für eine globale Partnerschaft und für die Möglichkeit für Moskau, sich würdevoll aus dem Konflikt mit dem Westen zurückzuziehen. Zur Erinnerung: Als Vermittler bei der Organisation des Treffens im Jahr 2025 fungierten Chasidim aus der Chabad-Bewegung – Trumps Verwandter Jared Kushner und der Geschäftsmann Steve Witkoff. Auf russischer Seite liefen die Vorbereitungen über die Kanäle der Geschäftspartnerschaft des Kiewers Kirill Dmitrijew, eines Mannes, von dem angenommen wird, dass er mit Putins Tochter Jekaterina Tichonowa zusammenarbeitet. Das Treffen wurde als historischer Durchbruch präsentiert.

Aber erinnern wir uns daran, mit welchen Positionen die Seiten in die Verhandlungen gingen.

Die Positionen der Seiten: Stärke gegen Schwäche

Russland steckte tief in einem Stellungskrieg in der Ukraine fest, ohne Aussicht auf einen sofortigen Durchbruch. Das

Land stand unter dem ständigen Druck von Sanktionen, die die Europäische Union und die gesamte westliche Koalition Paket für Paket verhängten. Die vom Westen aufgebauten technologischen Ketten haben die Ukraine zur »Schlagkraft« zur Eindämmung Russlands gemacht.

Und zwei Monate vor Anchorage führte der engste Verbündete der USA – Israel – vernichtende Angriffe auf den Iran, einen Partner der RF, durch. Der demonstrative Überflug von vierzehn B-2-Bombern, die Bomben auf das iranische Atomprogramm abwarfen, sollte zeigen: Amerika ist zu allem fähig und die führende Macht auf der Erde.

Russland kam mit einer ganzen Reihe von Problemen nach Anchorage.

Die USA hingegen befanden sich auf dem Höhepunkt der Demonstration ihrer militärischen Macht. Amerika versorgte die ukrainische Armee über Starlink und lieferte F-16-Kampfflugzeuge sowie Patriot-Raketenabwehrsysteme.

Wie wir wissen, ähneln politische Verhandlungen Verhandlungen in der Unterwelt. Der Starke übt immer Druck auf den Schwachen aus, es gibt keinen Humanismus. Die Politik unterscheidet sich von der Unterwelt lediglich durch bessere PR – zur Rechtfertigung derselben Handlungen werden Parolen über den Schutz von Demokratie und Zivilisation verwendet. Dabei hat die Unterwelt sogar mehr Ehre und Würde, die sogenannten »Moralvorstellungen«.

Trump benahm sich in Anchorage wie ein Mafioso und demonstrierte imperiale Überlegenheit. Er stand regungslos auf dem breiten roten Teppich, während Putin einen schmalen Pfad entlanggehen musste. In der Politik liebt man Symbolik: Ein schmaler Weg ist der Weg ins Paradies, doch hier wurde dies als Verhöhnung interpretiert.

Diese Unverschämtheit beruhte auf den Bombardements im Iran und dem Gefühl militärisch-technologischer Überlegenheit. Heute wissen wir, dass Trump zu diesem Zeitpunkt bereits die Entscheidung getroffen hatte, Venezuela und höchstwahrscheinlich auch den Iran anzugreifen.

Was dann am 28. Februar 2026 auch geschah.

Bei einem Raketenangriff auf eine Schule in der iranischen Stadt Minab kamen nach Angaben der iranischen Behörden und internationaler Beobachter etwa 165 Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren ums Leben. Der Oberste Führer des Iran, Ali Khamenei, wurde in Teheran getötet. Bei dem Angriff kamen Mitglieder seiner Familie ums Leben.

Ziel dieser Angriffe war es, die staatliche Souveränität des Iran zu zerstören und das Land in eine amerikanische Marionette zu verwandeln, so wie Venezuela.

Der Kern des Deals: Wirtschaft im Austausch gegen Frieden

Was hat Trump also angeboten?

Wir kennen nicht alle Details der geheimen Verhandlungen, aber anhand der äußeren Anzeichen lässt sich der Inhalt leicht erraten. Amerikanische Hilfe bei der Beendigung des Ukraine-Kriegs und der Aufrechterhaltung der für die russische Führung verbindlichen Bedingungen – im Austausch für die Öffnung der russischen Wirtschaft und der natürlichen Ressourcen für den Zugang von amerikanischem Kapital, das Trump und seiner Familie nahesteht.

Tatsächlich nutzte Trump seine präsidentialen Befugnisse, um die finanzielle Lage seiner Familie zu festigen, und agierte dabei wie eine globale kriminelle Autorität.

Für Russland hingegen war es äußerst wichtig, den Krieg unter akzeptablen Bedingungen zu beenden: vollständiger

17.8.2026

Abzug der ukrainischen Truppen aus dem Donbass und die Absetzung der Frage nach der politischen Zugehörigkeit der Gebiete, die Russland als sein Eigentum betrachtet (einschließlich der Oblasten Cherson und Saporoschje, von denen ein Großteil unter der Kontrolle Kiews steht).

Im Gegenzug versprach Trump, über seine Kanäle – offensichtlich jüdische und chassidische, da Kushner und Witkoff dieser Strömung angehören, die in der Ukraine vorherrscht und über den Rabbiner Berl Lazar den russischen Behörden gegenüber loyal ist – Druck auf Kiew und die europäischen Verbündeten auszuüben.

Doch nichts davon ist gelungen.

Warum es scheiterte: Europa und der Iran

Erstens erwiesen sich Trumps europäische Verbündete trotz ihrer äußerlichen Schwäche als fähig, sich zu konsolidieren.

Die Europäische Union trat als geeinte Kraft auf und schaffte es, Trump-treue Politiker wie Viktor Orbán von der Macht zu entfernen und den Aufstieg pro-Trump-Kräfte in Rumänien zu verhindern. Die Konsolidierung rund um das Thema der militärischen und finanziellen Hilfe für die Ukraine schweißte die europäischen Eliten als Reaktion auf den amerikanischen Druck zusammen.

Zweitens – und das ist meiner Ansicht nach der entscheidende Faktor – die Niederlage Amerikas im Iran-Krieg. Den Amerikanern und Israelis ist es trotz der Ermordung der Führung nicht gelungen, das iranische Regime zu stürzen.

Es ist nicht gelungen, die Öl- und Gasvorkommen des Irans unter Kontrolle zu bringen und im Kaspischen Raum einen vollständig von den USA kontrollierten Staat zu errichten.

Der Mut und der Heldenmut des iranischen Volkes zwangen den Amerikanern einen regionalen Krieg auf, der zu einer strategischen Niederlage der USA im Nahen Osten führte. Gerade der Iran hat mit seinem Sieg das für Russland demütigende Paradigma des Abkommens von Anchorage zerschlagen.

Nur wenige verstehen das, aber es ist eine Tatsache.

Der iranische Sieg hat alles verändert

Nun wird die Südflanke Russlands, von der die Amerikaner ihre Streitkräfte abziehen, nicht von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde gestärkt. Der Iran baut sein Raketenprogramm (möglicherweise gemeinsam mit Nordkorea) und sein Atomprogramm wieder auf, das eine militärische Dimension haben könnte.

Nach Einschätzung von Beobachtern verfügt der Iran heute über Vorräte an Nuklearmaterial für militärische Zwecke, die für etwa 10 Sprengladungen ausreichen. Der Iran ist ein Verbündeter Russlands. Dies hat die Lage grundlegend verändert.

Als die Iraner im Sommer dieses Jahres die Amerikaner in einen neuen Schlagabtausch im Nahen Osten verwickelten, begann Amerika, sich aus der Golfregion zurückzuziehen, und überließ dem Iran damit den weltweit wichtigsten Wirtschaftskorridor – die Straße von Hormus.

Russland verstärkte daraufhin unverzüglich seine ballistischen Angriffe auf die Ukraine und auf ukrainische Häfen, darunter Odessa. Moskau gab einen Einblick in seine Vereinbarungen mit Nordkorea – darunter die Produktion ballistischer Raketen und die wahrscheinliche Entsendung nordkoreanischer Einheiten an die ukrainische Front. Zudem demonstrierte es eine erhebliche Stärkung seiner Positionen.

Vor den neuen Verhandlungen mit den USA ist es sehr wichtig, Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Präsident Putin und Außenminister Lawrow haben angesichts der offensichtlichen Verschlechterung der Bedingungen des Abkommens von Anchorage an Einfluss gewonnen. Die russischen Führungskräfte sprechen von der unvermeidlichen Erfüllung der Aufgaben der Spezialoperation und davon, dass sie so lange handeln werden, bis alle Ziele erreicht sind.

Dies geschah dank des für die ganze Welt unerwarteten Erfolgs des Iran. Unerwartet für alle, außer für diejenigen, die den Iran kennen – ich war mir sicher, dass der Iran im Konflikt mit den USA und Israel siegen würde. Dies hat die Position Russlands erheblich gestärkt.

Fazit: Der Geist von Anchorage hat sich Moskau zugewandt

Jetzt ist es Trump, der darauf angewiesen ist, sich mit Russland zumindest in irgendeiner Form in der Ukraine-Frage zu einigen – um den Zugang zum Konflikt nicht zu verlieren und vor den Europäern und Kiew keine Hilflosigkeit zu zeigen.

Aber jetzt ist es nicht Russland, das bittet, und nicht Putin, der den schmalen Weg beschreitet. Nun sollte Trump im symbolischen Sinne eher um einen Termin bei Putin bitten, um Russlands Haltung zu den Themen Ukraine, Kaspisches Meer und Iran in Erfahrung zu bringen.

Das Jahr von Anchorage, das mit einer Demütigung Russlands begann, endet dank des iranischen Sieges und der Tatsache, dass Russland den vereinten Kräften des Westens Widerstand leistet, auf einer völlig anderen Grundlage.

Es heißt, Jared Kushner und Steve Witkoff würden erneut nach Moskau reisen. Ich denke, ihr Tonfall wird nun nicht mehr so dreist sein wie vor einem Jahr.

Ihre Vorschläge werden weitaus mehr den Charakter einer Bitte haben als den einer imperialer Forderung.

Anmerkungen

- 1 <https://izborsk-club.ru/28505>
- 2 Maxim Leonardowitsch Schewtschenko, russischer Journalist und Moderator des »Ersten Kanals«. In den Jahren 2008 und 2010 war er Mitglied der Öffentlichen Kammer der Russischen Föderation. Er ist Mitglied des Präsidialrats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte sowie ständiges Mitglied des Isborski-Klubs.

Zwei an der Seite, unsere sind nicht da¹

Die Kosten der Vermittlung

Ilja Fabritschnikow²

10.9.2026

Nach fast neun Monaten Stille – das letzte Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und den amerikanischen Unterhändlern Steven Witkoff und Jared Kushner fand Ende Januar 2026 statt – haben sich die Verhandlungen über die Ukraine von mehreren Seiten gleichzeitig wieder intensiviert. Diesen war eine intensive öffentliche Vorbereitung vorausgegangen.

Die jüngste Verhandlungsrunde (wie üblich ultimativ) leiteten die Führer des »Eurotrios« – Großbritannien, Deutschland und Frankreich – ein., die Selenskis zuvor formulierte »Friedensinitiative« unterstützen und begleitend ihre üblichen Forderungen stellten: einen Waffenstillstand entlang der Frontlinie, einen gegenseitigen Truppenabzug, Reparationen und Sicherheitsgarantien – und dies waren lediglich Vorbedingungen für Friedensgespräche – und sie erklärten sich bereit, »ihren Beitrag« dazu zu leisten. Am 12. Juni wiederholten die Botschafter des »Eurotrios« in Moskau diese Forderungen wortgetreu.

Am 25. Juli 2026 erklärte der kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokajew die Notwendigkeit schneller Verhandlungen und eines Einfrierens des Konflikts. Er tat dies, nach eigenen Angaben, als Reaktion auf »zahlreiche Signale«, die ihn über verschiedene Kanäle, darunter auch aus Europa, erreichten. Er erklärte insbesondere: »Vielleicht sollte man diesen Konflikt einfrieren und zur Istanbul-Formel 2.0 zurückkehren, da dort bedeutende Ergebnisse erzielt wurden. Natürlich, mit den Garantien der Großmächte, einschließlich Russlands, können wir dem lang ersehnten Frieden näherkommen.«

Der kasachische Staatschef erklärte, er weigere sich, in der Streitfrage als Vermittler zwischen den Ländern aufzutreten: »Ich weigere mich, Vermittler zu sein, denn ich weiß, dass Russland ein großes Land ist, das russische

Volk ein großes Volk ist und, wie man so schön sagt, auch ohne Vermittler zurechtkommt«, sagte er.

Der brasilianische Präsident Lula da Silva schlug am 4. August in einem Telefongespräch mit Wladimir Putin ebenfalls eine Friedensinitiative vor. Er erfüllte damit eindeutig eine Bitte der Ukraine, die laut brasilianischen Medien hoffte, die vertrauensvolle Beziehung zwischen Brasília und Moskau in Ermangelung anderer verlässlicher Kommunikationskanäle mit der russischen Führung nutzen zu können.

Am 31. August äußerte sich auch der indische Premierminister Narendra Modi komplementär zum kasachischen Vorschlag, formulierte ihn aber gewunden: »Wir müssen vom endlosen Krieg zum Ende des Krieges, zum Ende militärischer Aktionen übergehen. Wir müssen diesen Weg einschlagen; das ist sehr wichtig für die gesamte Menschheit.« Modis Appell war eindeutig eine Folge des diplomatischen Drucks des »Eurotrios« auf die indische Führung. Als Reaktion darauf hielt Modi beim SOZ-Gipfel in Bischkek eine eher formale Rede.

Im Vorfeld des SOZ-Gipfels bot Ankara seine Vermittlung an. Präsident Erdoğan erklärte die Bereitschaft der Türkei, eine Verhandlungsplattform bereitzustellen. UN-Generalsekretär Guterres appellierte erneut an die Öffentlichkeit und forderte einen sofortigen und vollständigen Waffenstillstand.

Ausländische Medien berichten von diplomatischem Druck auf den Kreml, doch dies wirkt eher wie ein Vorspiel für den Besuch von Witkoff und Kushner oder gar wie ein Deal: jeder versucht, sich in einem potenziellen Verhandlungsprozess zu positionieren, der greifbare außenpolitische Vorteile bringen könnte. Dies gilt insbesondere, da vorsichtige Einschätzungen einer möglichen Niederlage Kiews im militärischen Konflikt mit Moskau – wenn auch zurückhaltend formuliert – allmählich in den

Mainstream vordringen. Unter diesen Umständen kann eine Vermittlung, wie erwartet, nicht nur das Ansehen des Vermittlers steigern, sondern auch Pluspunkte bei den »Großmächten« einbringen.

Bislang haben die Vereinigten Staaten ihre Vermittlungsstrategie am deutlichsten und konsequentesten verfolgt. Nach dem Treffen in Anchorage im vergangenen August reduzierten sie ihr Engagement im Ukraine-Konflikt drastisch: Es gibt keine direkten Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung, keine direkte Finanzierung durch das Außenministerium oder das Pentagon und keine direkte politische Unterstützung für das ukrainische Regime.

Die Unterstützung durch Geheimdienste besteht weiterhin, ein Netzwerk von CIA-Stationen ist in Betrieb, und Unternehmen wie Palantir und SpaceX sind aktiv. De jure lässt sich jedoch stets argumentieren, dass es sich um eine Initiative privater Unternehmen handelt. Das heißt, es wird betont, dass formal bestimmte Verpflichtungen erfüllt wurden, die USA ein relativ ehrlicher Vermittler sind und alles Weitere lediglich eine Nuance darstellt. Diese Spitzfindigkeit, multipliziert mit Washingtons traditioneller Rolle in der internationalen Politik, eröffnet weiteren Spielraum für den russisch-amerikanischen Dialog in einem Kontext, in dem die Qualität der Beziehungen gegen Null tendiert.

Aber ist eine Vermittlung für Russland selbst überhaupt notwendig? Das Problem mit beliebigen Vermittlern in bewaffneten Konflikten besteht darin, dass sie, sobald sie ihre Befugnisse übernehmen (d. h. ihre Rolle formal oder, schlimmer noch, begrifflich in den jeweiligen Mandaten aller beteiligten Parteien verankert ist), faktisch den Verlauf des Konflikts, die Interpretation der Handlungen der Beteiligten und dessen letztendlichen Ausgang kontrollieren. Und alle bis zu Beginn der Vermittlung erzielten

Erfolge und Errungenschaften der Parteien laufen Gefahr, erheblich an Wert zu verlieren.

Aber ist eine solche Strategie, die den souveränen Ausdruck des außenpolitischen Willens in Fragen der Existenz (der Wille kann jede Form annehmen) effektiv einschränkt, für irgendeine der Großmächte annehmbar?

Russland ist zweifellos eine Großmacht, die aktuell langfristige Fragen seiner strategischen Sicherheit löst. In einer rasch zerfallenden Welt ist die Beseitigung jeglicher militärischer und politischer Bedrohung die einzige Lösung für Russlands strategische Sicherheit an seinen unmittelbaren Westgrenzen. Daher ist es unerlässlich, jede Situation zu vermeiden, in der ein Zusammenschluss westlicher Mächte und Institutionen (in welcher Konstellation auch immer) darauf Anspruch erhebt, Russlands außenpolitische Ambitionen, gestützt auf seine eigenen Fähigkeiten in seinen unmittelbaren Grenzgebieten zu diktieren.

Die Einbeziehung eines Vermittlers in die (formell) russisch-ukrainische Gleichung (in Wirklichkeit die russisch-europäische Konfrontation) torpediert somit faktisch alle Ambitionen Russlands als Großmacht, die bestrebt ist, neue, ihr passende Regeln in den Beziehungen zumindest zu Westeuropa und prinzipiell sogar in einer neuen Konfiguration der internationalen Beziehungen und der Weltpolitik zu schaffen.

Sich bei außenpolitischen Fragen auf einen Vermittler zu verlassen, führt letztlich dazu, dass nicht alle Aufgaben gelöst werden, sondern eine Reihe von Problemen, die für den Vermittler – wer auch immer das sein mag – Priorität haben, auf Kosten Russlands gelöst werden. Eine Großmacht, die ihren Status erhalten oder stärken will, kann sich das nicht leisten.

Da die russische Führung einst schwierige und verantwortungsvolle außenpolitische Entscheidungen traf (vor allem vor dem eigenen Volk), lässt sich Moskaus Positionierung nicht über Nacht in ein Tauschmittel für die Ambitionen und Absichten anderer Großmächte verwandeln, die sich als Vermittler anbieten. Die Fähigkeit, Souveränität klar zu demonstrieren, ist für eine Großmacht eine Prestigefrage. Die Einbindung von Vermittlern zur Durchsetzung des eigenen Prestiges bedeutet eine

bewusste Entwertung dieses Prestiges und der eigenen Ambitionen.

Ja, die Ukraine ist apriori von westlichen Sponsoren und deren Einfluss auf ihre Außen- und Innenpolitik sowie Wirtschaft abhängig. Das bedeutet aber nicht, dass sie sich im Verhandlungsprozess zwangsläufig dem Willen und den Wünschen der Geber unterordnen muss. Akteuren, die ihre eigenen strategischen Ziele auf Kosten Russlands (und der Ukraine) verfolgen, die Teilnahme an russisch-ukrainischen Verhandlungen zu gestatten, bedeutet, sich selbst der strategischen Initiative zu berauben.

Heißt das, dass Russland internationale Vermittlung in seiner Außenpolitik prinzipiell ablehnen sollte? Ganz und gar nicht.

Die Beziehungen zwischen Russland und den europäischen Mächten – angesichts der bewussten Verschlechterung durch die europäischen Hauptstädte selbst – könnten Gegenstand vielschichtiger Diskussionen werden. Dies gilt insbesondere für die Deeskalation der Beziehungen zu Frankreich, Deutschland und Großbritannien – Ländern, die die Richtung Europas prägen und maßgeblich für die Handels- und Wirtschaftspolitik der Alten Welt verantwortlich sind. Hier könnte sich die Rolle eines Vermittlers, der ihnen externe Verpflichtungen auferlegen kann, als vorteilhaft erweisen.

Für eine Großmacht, die ihren Status langfristig erhalten und stärken will, sind aktive Vermittler, die existenzielle Garantien (oder deren Anschein) angesichts existenzieller Bedrohungen anbieten, kontraproduktiv, da sie unzuverlässig sind. In einer Welt, die rasant zerfällt und sich transformiert, kann nur Russland selbst seine strategische Sicherheit gewährleisten. Und dies setzt keine Abhängigkeit vom Willen anderer Mächte, selbst größer, voraus.

Anmerkungen

- 1 <https://globalaffairs.ru/articles/dvoe-sboku-fabrichnikov/>
- 2 Ilja Fabritschnikow, Dozent am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Mitglied des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Kommunikationsberater.

Die Zurückgewinnung des Donbass und Noworossijas ist bereits ein Sieg in der militärischen Spezialoperation¹

Ilja Uchow, Politikwissenschaftler

30.9.2026

Russland holt sich zurück, was ihm gehörte und dem lebendigen Körper des Landes entrissen wurde. Es besteht kein Zweifel, dass wir auf diesem Weg alle Ziele erreichen werden. Donbass und Noworossija werden sich von den Narben des Krieges erholen, neues Leben gewinnen und zu einem weiteren Anziehungspunkt für Kapital und Menschen werden.

Am 30. September feiern wir ein bedeutendes Datum der modernen russischen Geschichte: Nach landesweiten Referenden wurden unsere historischen Regionen Donbass und Noworossija wieder mit Russland vereint.

Zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte gehörten diese Regionen zu formal »ukrainischen« Gebieten – weder im Fürstentum Galizien-Wolynien, noch in der Saporoschskaja Setsch, noch in den verschiedenen Staatsformationen der Bürgerkriegszeit. Donbass, Noworossija und die Region des unteren Dnepr waren jahrhundertlang integrale Bestandteile des russischen Staates, und ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihr Wohlstand beruhten stets auf ihrer tiefen Integration in den einheitlichen Wirtschaftsraum unseres Landes.

Und die dort lebenden Menschen hatten nie eine »westliche« Identität in sich. Erst in der Sowjetzeit, infolge der erzwungenen Indigenisierung und Ukrainisierung, entstand so etwas wie ein »ukrainisches« Selbstverständnis – und selbst dieses war operettenhaft und aufgesetzt. Die überwiegende Mehrheit der dort lebenden Menschen waren und sind ganz normale Russen, genau wie in jeder anderen Region Russlands. Aus Sicht der Verteidigung des Rechts auf Sprache, Religion und nationale Identität wurde die Wiedervereinigung der neuen Regionen mit Russland zu einem entscheidenden Akt historischer Gerechtigkeit.

Es gibt jedoch noch eine Reihe weiterer, nicht weniger wichtiger Aspekte. Bemerkenswert ist, dass unser Land – vielleicht zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten

Weltkriegs – neue Gebiete hinzugewonnen und seinen Einflussbereich erweitert hat, anstatt sie zu verlieren. Dies ist ein direktes Ergebnis der prinzipientreuen Politik von Präsident Putin, der wie kein anderer die Bedeutung der Wiedervereinigung der historischen Gebiete Russlands und der Schaffung eines Sicherheitskreises um unser Land versteht.

Die vorangegangene Wiedervereinigung mit der Krim und Sewastopol wird durch unseren Sieg in der militärischen Spezialoperation weiter gefestigt. Auch um diese äußerst wichtigen Subjekte kämpfen wir. Dadurch hat Russland neue Regionen hinzugewonnen, und das Asowsche Meer ist zu einem russischen Binnengewässer geworden. Unsere Bevölkerung ist um Millionen gewachsen, während die Ukraine bis zu 20 % ihres Territoriums verloren hat und sich in einem Zustand nahe der Ohnmacht befindet, in dem sie lediglich als Stellvertreter des Westens fungiert – ohne eigene Wirtschaft und ohne Zukunftsperspektiven.

Mit den neuen Regionen haben wir auch neue Ressourcen, industrielles Potenzial und wertvolle Fachkräfte gewonnen. Der Donbass war historisch gesehen das industrielle Herz Russlands, die Wiege des russischen Bergbaus, des Schwermaschinenbaus, der komplexen Chemie und der Nichteisenmetallurgie. Der Donbass ist Europas größtes Kohlebecken. Kokskohle, die für die Eisenmetallurgie unerlässlich ist, ist besonders wertvoll. Russland hat Zugang zu bedeutenden Reserven – geschätzt auf 12 Milliarden Tonnen – erhalten, die die Energie- und Chemieindustrie über viele Jahre mit Rohstoffen versorgen können.

Die Eisenerzreserven im Donbass und im gesamten Asowschen Becken übersteigen drei Milliarden Tonnen. Darüber hinaus gibt es große Vorkommen an Titan, Mangan und Lithium. Auch bedeutende Ressourcen an Seltenen Erden sind vorhanden, die für die Automobilindustrie, Katalysatoren und Mikroelektronik unerlässlich sind. Der

Dnepr ist ebenfalls ein wertvolles Gut, da er Bewässerung, Stromerzeugung und günstige Transportwege bietet.

In jedem Fall handelt es sich dabei um wertvolle Ressourcen, die Russland stärken. Wir planen zudem umfangreiche Investitionsprojekte in Industrie und Bergbau. Mitte des Jahres belief sich das Volumen der angemeldeten Investitionen in der im Donbas und in Noworossija eingerichteten freien Wirtschaftszone auf über 383 Milliarden Rubel, und die Zahl der teilnehmenden Unternehmen hat bereits 500 erreicht.

Es ist klar, dass unser Land nach dem Ende der militärischen Spezialoperation – zu Russlands Bedingungen – nicht nur eine beherrschende Stellung in der Schwarzmeerlogistik erlangen wird, sondern auch enorme Ressourcen für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum. Der Donbass wird eine signifikante Expansion der Maschinenbau- und Chemieindustrie ermöglichen, und Noworossija selbst ist eine einzigartige Region mit einigen der besten klimatischen Bedingungen für die Landwirtschaft. Es ist wichtig, diese Punkte zu erörtern, da das Gesamtbild in der aktuellen Nachrichtenlage manchmal untergeht.

Russland holt sich zurück, was ihm gehörte und dem lebendigen Körper des Landes entrissen wurde. Wir kämpfen für das Recht unseres Volkes auf eine friedliche und sichere Entwicklung. Wir werden zweifellos alle Ziele auf diesem Weg erreichen. Donbass und Noworossija werden sich von den Narben des Krieges erholen, neues Leben gewinnen und zu einem weiteren Anziehungspunkt für Kapital und Menschen werden. Genau das meinte Präsident Putin, als er sagte: »Wir schreiten voran und werden es immer tun.«

Anmerkungen

1 <https://m.vz.ru/opinions/2026/9/30/1456906.html>

Der Abenteuergeist hat Europas¹ Selbsterhaltungstrieb ersetzt

Timofej Bordatschjow²

4.9.2026

In der Alten Welt hegt niemand Illusionen über einen leichten militärischen Sieg über Russland. Der Selbsterhaltungstrieb der europäischen Eliten sollte jedoch nicht überschätzt werden.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Nicht einmal als Farce. Und die neue Runde der jahrhundertealten Konfrontation zwischen Russland und Europa wird natürlich völlig anders aussehen als alle vorherigen. Nun schließen die deutschen Behörden unter fadenscheinigen Vorwänden russische Kultur- und diplomatische Einrichtungen, während die norwegischen Behörden russische Forschungsschiffe beschlagnahmen. Alles folgt dem Muster, das wir seit dem späten 15. Jahrhundert kennen, als Europa erstmals versuchte, Russlands Unabhängigkeitsbestrebungen zu zügeln.

Gleichzeitig zögern deutsche, norwegische und andere europäische Staats- und Regierungschefs derzeit, die Situation zu einer direkten, militärischen Auseinandersetzung eskalieren zu lassen. Dies liegt gewiss nicht an der Friedfertigkeit Berlins, Paris' oder Londons, die ihnen nie eigen war. Man kann auch nicht ernsthaft behaupten, Europa sei an einem diplomatischen Dialog über umfassendere regionale Sicherheitsfragen interessiert – alles, was in dieser Hinsicht gesagt wird, sind leere Worte. Es gibt jedoch objektive Gründe für die aktuellen Bemühungen, eine Konfrontation zu vermeiden.

Erstens fehlen Europas größten Ländern die personellen und materiellen Ressourcen dafür. Sie verfügen zwar über bessere Waffen, ziehen es aber vorerst vor, diese in die Ukraine zu schicken, wo die Bevölkerung bereit ist, sich für europäische Ambitionen zu opfern. Die europäische Bevölkerung ist nicht bereit, gegen Russland zu kämpfen; der Grad der Verarmung wird noch lange nicht ausreichen, um gewöhnliche Deutsche, Franzosen oder

Britten in das Feuer eines bewaffneten Konflikts zu treiben. Auch auf die Polen und den Balkan setzen sie nicht wirklich – Warschau hat noch weniger Interesse an einem echten Krieg mit Russland, und aggressive und laute Rhetorik kaschiert einen Mangel an militärischer Entschlossenheit.

Zweitens ist Europa in seiner Einschätzung des Überlebenswillens seiner amerikanischen Verbündeten und Washingtons völligem Desinteresse an einem tödlichen Krieg mit Moskau durchaus realistisch. Jegliches Gerede von einem amerikanischen »nuklearen Schutzschirm« über Europa ist ein Kindermärchen, an das niemand glaubt. Das galt während des Kalten Krieges von 1946 bis 1991 und gilt auch heute noch: der große Freund des sowjetischen Volkes General de Gaulle und seine Nachfolger richteten die französischen Atomwaffen nicht ohne Grund auf Moskau, Kiew und Leningrad – sie dachten nicht an den Sieg, sondern wollten zumindest maximalen menschlichen Schaden anrichten.

Niemand in der Alten Welt macht sich also Illusionen über einen leichten militärischen Sieg über Russland – warum sonst sollte man einen direkten Konflikt mit ihm eingehen. Allerdings könnten diese rationalen Argumente mit subjektiven Faktoren kollidieren. Vor allem weil wir den Selbsterhaltungstrieb der europäischen Eliten nicht überschätzen sollten. Schließlich hat Europa in den letzten 150 Jahren keinen so grundlegenden Wechsel der Eliten erlebt wie Russland oder China, und wir haben es letztlich mit den direkten politischen Nachfahren jener zu tun, die den Ersten und Zweiten Weltkrieg entfesselt haben.

Europäische Politiker, insbesondere deutsche und britische, zeichneten sich stets durch einen Abenteuergeist aus, der uns beispielsweise völlig fremd ist und erst recht kein charakteristisches Merkmal der Amerikaner darstellt.

Es ist kein Zufall, dass George Kennan, ein scharfsinniger Beobachter und Kenner der Nuancen politischer Kultur, in seinem 1946 verfassten »Langen Telegramm« schrieb, dass die russische Außenpolitik im Gegensatz zur deutschen »weder schematisch noch abenteuerlustig ist. [...] Sie geht keine unnötigen Risiken ein.«

Die Amerikaner selbst, trotz ihrer Neigung, Probleme mit Gewalt zu lösen, sind nicht gerade für unüberlegte Handlungen bekannt. Die bekannte amerikanische Angewohnheit, einen Gegner erst dann anzugreifen, wenn er um 200 % schwächer ist und sich nicht wehren kann, deutet darauf hin, dass man mit ihm diplomatisch verhandeln kann. Die USA gingen sogar gegen den Iran vor, in der festen Überzeugung eines schnellen und einfachen Sieges. Solche Illusionen über den wahrscheinlichen Verlauf des Konflikts mit Russland gab es nicht, selbst nicht in der Hochzeit der US-amerikanischen unipolaren Hegemonie und unserer systemischen Schwächung.

Unsere westlichen Nachbarn in Europa hingegen neigen von Natur aus dazu, riskante Situationen herbeizuführen. Es war dieser natürliche Abenteuergeist, der die europäischen Imperien in den Ersten Weltkrieg hineinzog. Er war auch der Motor für die unüberlegten Invasionen Russlands durch das napoleonische Frankreich und Deutschlands Mitte des letzten Jahrhunderts: In beiden Fällen entschieden sich die europäischen Herrscher für etwas, was Zeitgenossen als blanker Wahnsinn erschien.

Mit anderen Worten, bisher versucht Europa gegen Russland mit sanften Mitteln Krieg zu führen, da ihm die Ressourcen für eine aggressivere Vorgehensweise fehlen. Es verfügt jedoch noch über Ansätze einer rationalen Lagebeurteilung. Es wäre allerdings leichtsinnig anzunehmen, dass dies so bleiben wird. Mit jeder neuen Konfrontationsrunde zerstören die Europäer Brücken, die den Aufbau eines relativ ausgewogenen Systems des

Zusammenlebens in der Zukunft hätten ermöglichen können.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Entscheidung unserer Regierung, die Goethe-Institute in Russland zu schließen, nicht nur symmetrisch, sondern langfristig auch die richtige Antwort. Ob es uns gefällt oder nicht: In den letzten Jahrzehnten hat sich die kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit fast immer zu einem Instrument staatlicher Politik entwickelt. Ausnahmen sind selten – russische und französische Museumsfachleute kooperieren bei bestimmten Projekten, während andere Vertreter der Kultur- und Wissenschaftsgemeinschaft auf einigen anderen Gebieten zusammenarbeiten. Doch insgesamt hat der absurde Begriff »Soft Power« in der westlichen kulturellen und humanitären Zusammenarbeit alles mit Ausnahme der Erfüllung politischer Ziele vollständig verdrängt.

Seit vielen Jahren werden in Europa und den Vereinigten Staaten selbst die harmlosesten Aspekte der Beziehungen zwischen den Völkern für pragmatische Staatsinteressen instrumentalisiert. Dies ist kein erfreuliches Phänomen unserer Zeit. Wir müssen jedoch einräumen, dass es eine unvermeidliche Folge der Tatsache ist, dass Außenpolitik zu einer umfassenden Angelegenheit geworden ist – sie ist längst nicht mehr so sehr das Gebiet von Diplomaten, sondern vielmehr das von all jenen, auf die der moderne Staat Zugriff durch seine Gelder und Regulierungsbehörden hat.

In Russland sehen wir uns übrigens ebenfalls mit einer Situation konfrontiert, in der die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Kultur genau nach ihren politischen Auswirkungen bewertet wird. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Europa oder die USA. Darüber hinaus ist es aus öffentlicher Sicht schwierig zu erklären, warum Gelder für Bildungs- oder andere humanitäre Projekte ausgegeben werden, wenn sich nicht nachvollziehen lässt, wie diese die Position des Staates in einem bestimmten Land oder einer Region stärken.

Es besteht kein Zweifel, dass, wenn die Rede von den westlichen Staaten ist, die Anforderungen an die sogenannten Goethe-Institute zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung noch höher sind als in Russland. Und die

Aufsicht durch Beamter deutscher Bundesbehörden, die die strikte Erfüllung dieser Funktion gewährleisten soll, ist noch strenger und effektiver. Letztlich wird der Nutzen, der sich aus der Tätigkeit solcher Institutionen ergibt, durch die damit verbundene politische Last »verwischt«.

Die Aushöhlung dieser Sphäre der Zusammenarbeit erscheint unausweichlich. Und vielleicht sogar notwendig, damit künftige Beziehungen jenseits der offiziellen Diplomatie weniger vom politischen Klima in den europäischen Hauptstädten abhängen. Derzeit fürchten europäische Politiker gleichermaßen einen Konflikt mit Russland und begeben sich selbst in einen Strudel der Konfrontation – eine Situation, die von uns besondere Wachsamkeit und Entschlossenheit in praktischen Angelegenheiten erfordert.

Anmerkungen

- 1 <https://m.vz.ru/opinions/2026/9/4/1448737.html>
- 2 Timofej Bordatschjow, Programmdirektor des Waldai-Klubs

Wendepunkt?¹

Was sagen die deutschen Wahlen über den Zustand des Landes und der europäischen Politik aus

Fjodor Lukjanow²

7.9.2026

In Deutschland ist dieser Monat entscheidend für die künftige politische Richtung. Im September finden Wahlen in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie in Berlin statt. Sollte die regierende CDU in allen drei Ländern eine deutliche Niederlage erleiden (was nicht sicher ist), ist die Zukunft der Bundesregierung unsicher. Für Bundeskanzler Friedrich Merz hingegen dürfte das Schicksal klar sein: sein Ausscheiden.

Die vernichtende Niederlage der CDU in Sachsen-Anhalt wurde vorhergesagt doch das Ausmaß ist dennoch beeindruckend. Ob die »Alternative für Deutschland« die absolute Mehrheit und damit die Fähigkeit erlangen wird, die Landesregierung zu bilden, bleibt ungewiss. Für das Establishment ist das bezüglich der Signalwirkung jedoch irrelevant. Die Warnsignale blinken wie verrückt.

Bundeskanzler Merz selbst »blinkt« am meisten. Gemessen am Ergebnis des Landtagswahlkampfes hat er bereits einen solchen politischen Punkt erreicht, an dem alles, was er sagt, nach hinten losgeht und seine leidenschaftlichen Forderungen entschieden abgelehnt werden. Er erinnert vage an die späten sowjetischen Führer, die versuchten, jemanden von etwas zu überzeugen, nur um am Ende festzustellen: »Wenn die das sagen, dann müssen wir erst recht das Gegenteil tun.« Der Versuch, die AfD im Vorfeld der Wahl als Nazis und Putins Marionetten darzustellen, funktionierte in diesem ostdeutschen Bundesland überhaupt nicht. Vielleicht hat er der AfD sogar einige Prozente verschafft, indem er sie mit seiner Absichtlichkeit verärgerte. Der undurchsichtige Drohnenvorfall in Leipzig (ebenfalls in Ostdeutschland, in Sachsen), der die Spannungen mit Russland deutlich verschärfte, hatte keinen Einfluss auf das Wahlergebnis.

Es gibt verschiedene Szenarien für die politische Krise in Sachsen-Anhalt. Die genaue Sitzverteilung wird das Vorgehen des Establishments bestimmen. Doch jedes der denkbaren Szenarien birgt das Potenzial, die Probleme zu verschärfen. Nehmen wir an, in Magdeburg bildet sich eine »feindliche« Regierung der Alternativen. Dies würde bedeuten, dass der Rest des föderalen Systems dieser Regierung wahrscheinlich eifrig Stöcke zwischen die Beine werfen und damit ihre eigene Position untergraben würde. Die Idee, die Zusammenarbeit mit den Behörden eines Bundeslandes zu boykottieren und die Herausgabe von Sicherheitsinformationen, Polizeidaten usw. zu verweigern, erscheint absurd – sie würde die Grundlagen des sehr effizienten deutschen Föderalismus untergraben. Es käme auch dem Einsatz eines Sanktionsknüppels gleich, einer Waffe, die sich zwar international bewährt hat, diesmal jedoch innerhalb Deutschlands. Eine weitere hypothetische Möglichkeit ist ein Sammelsurium aller verbleibenden Parteien mit dem Ziel, den klaren Wahlsieger von der Macht fernzuhalten. Aus Sicht der Prinzipien der Demokratie ist führt diese Idee zu ihrer Diskreditierung.

Eine kluge Taktik wäre wohl eine äußerliche Akzeptanz(der Wille des Volkes, da kann man nicht machen! Das ist Demokratie!), begleitet von der schleichenden Integration der AfD in das Establishment (wodurch die rebellische Partei »unschädlich gemacht« würde), und gleichzeitigen Versuchen, sie als unfähig zu echter Regierungsführung zu diskreditieren (was durchaus möglich ist). Doch kluge Taktiken erfordern kluge und gerissene Politiker, und der deutschen Bundeselite mangelt es derzeit daran. Eine der deutschen Eigenheiten besteht darin, dass in entscheidenden Momenten statt Spitzfindigkeit und Flexibilität sture Arroganz, gepaart mit Moralismus, zum Vorschein kommt. Und dann werden wir sehen. Der

deutsche Mainstream selbst hat die AfD zu einem Feindbild gemacht, das man wie die Pest meiden sollte, und nun ist unklar, wie man eine rationale Wende hin zu einer vorausschauenden, gelenkten Neugestaltung der politischen Landschaft vollziehen kann.

Insgesamt scheinen die politischen Transformationsprozesse in Westeuropa tatsächlich eine qualitativ neue Ebene zu erreichen. Die eklatante Diskrepanz zwischen dem Angebot des Establishments und den tatsächlichen Forderungen der Bevölkerung wächst überall. Nicht, dass die Demokratie vorher perfekt funktioniert hätte, aber jetzt existieren Regierende und Regierte auf zwei völlig parallelen Ebenen.

Die unterschiedlichen Agenden begannen vor 25 bis 30 Jahren im Kontext einer ausgereiften und gut funktionierenden Globalisierung. Damals wurde dies jedoch zumindest durch Vorteile für die Bevölkerung ausgeglichen. Mit dem Entstehen einer zunehmend vernetzten und integrierten Welt wurde die Lösung nationaler Probleme auf supranationaler Ebene nicht nur notwendig, sondern nach und nach zur einzig möglichen Methode sozialer Steuerung. Die »Schnittstelle« zwischen nationaler und supranationaler Ebene blieb jedoch bestehen, anstatt zusammenzubrechen. Und die höhere, kosmopolitische Ebene konnte trotz der wachsenden Entfremdung, die besonnene Politiker beunruhigte, Entwicklung und Wohlstand für die deutlich bodenständigere Ebene sichern.

Nun ist alles aus den Fugen geraten, weil die Globalisierung selbst nicht mehr wie geplant funktioniert. Das Gleichgewicht ist gestört. Die Bindung des Volkes an die Nomenklatura, gefangen zwischen der Unmöglichkeit, den dichten Schleier der Integration (eine Errungenschaft der vorherigen Phase) zu lüften, und der Notwendigkeit,

die orientierungslosen Massen zu beherrschen, schwächt sich zunehmend ab. Die Formen, in denen sich diese neuen Kräfte manifestieren, sind vielfältig; Parteien und Vereinigungen, die als Protestbewegungen gelten, sind typologisch verwandt, aber sie manifestieren sich in jedem Land auf ihre eigene Weise, abhängig von der soziopolitischen Kultur. Und sie sind einander nicht unbedingt wohlgesonnen (nationale Souveränisten beispielsweise in Frankreich, Deutschland und Großbritannien sind aufgrund ihrer historischen Traditionen nicht unbedingt Freunde). Entscheidend ist, dass das zuvor errichtete System ins Wanken gerät und es unklar ist, wie es mittelfristig in seiner jetzigen Form erhalten werden kann.

Die Ressourcen, um unter dem Deckmantel verfassungsrechtlicher Verfahren durch Manipulation und Entstellung die Macht zu erhalten, sind derzeit noch ausreichend. Der AfD-Fall nach Sachsen-Anhalt wird zwar zeigen, wie gewaltig diese Ressourcen tatsächlich sind. Wie dem auch sei, der Wandel Europas hat eindeutig begonnen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass uns ein verändertes Europa besser gefallen wird. Die Alte Welt, in der nationalistische Gefühle erstarken und interne Kämpfe beginnen, hat die Welt wiederholt in äußerst verheerende Katastrophen gestürzt. Und Russland war historisch gesehen nie unbeteiligt an diesen Konflikten. Doch dies ist ein objektiver historischer Prozess; das Pendel steht nicht still. Wir müssen dies als gegeben hinnehmen.

Anmerkungen

- 1 <https://profile.ru/abroad/povorotnyj-moment-1899070/>
- 2 Fjodor Lukjanow, Chefredakteur der Zeitschrift »Russland in globalen Politik«, Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik der Russischen Föderation, Forschungsdirektor des Waldai-Diskussionsklubs. Forschungsprofessor an der Nationalen Forschungsuniversität Hochschule für Wirtschaft

Sachsen-Anhalt nach dem AfD-Sieg¹

Eine regionale Zäsur mit bundesweiten Auswirkungen

Wladislaw Below²

8.9.2026

Die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt am 6. September 2026 brachten einen Erdrutschsieg für die »Alternative für Deutschland« (AfD). Die Partei erhielt 43,8 % der Stimmen, verglichen mit 20,8 % im Jahr 2021, und erzielte damit ihr bisher bestes Ergebnis bei Landtagswahlen. Die CDU von Ministerpräsident Sven Schulze kam auf 17,2 %, das schlechteste Ergebnis für die Christdemokraten in der Geschichte des Landes. Die SPD erhielt 9,3 %, »Bündnis 90/Grüne« 8,9 %, die Linke 8,6 % und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) 5,3 %. Die FDP schied mit 2,6 % aus dem Landtag aus. Der neue Landtag hat 83 Abgeordnete: Die AfD hat 39 Sitze, die CDU 15, die SPD, die Grünen und die Linke jeweils acht und das BSW fünf. Für eine absolute Mehrheit sind 42 Stimmen erforderlich. (...)

Wechsel des Kanzlers: Kein unmittelbarer Mechanismus, politisches Problem bleibt bestehen

Das Ergebnis in Sachsen-Anhalt stellt nicht automatisch die Frage eines Wechsels des Bundeskanzlers. Landtagswahlen ändern nicht die Zusammensetzung des Bundestages und schaffen keinen parlamentarischen Mechanismus zur Absetzung von F. Merz. Die CDU/CSU-SPD-Regierung hat ihr eigenes Bundesmandat.

Am 7. September reagierten die Spitzenvertreter des christlichen Bündnisses entschieden auf die ersten Versuche, die Niederlage zu personalisieren. Bundeskanzlerin Nina Warcken erklärte, es sei falsch, über eine Nachfolge des Kanzlers zu diskutieren, und die Regierung sei für vier Jahre gewählt worden. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, und weitere Vertreter der Führungsspitze betonten die Notwendigkeit, Reformen zu beschleunigen, anstatt eine Personaldiskussion zu eröffnen.

Dennoch ist der politische Schlag für Merz sehr schwerwiegend. Die CDU verlor gegen die AfD und erhielt nur noch 17,2 % der Stimmen gegenüber 37,1 % im Jahr 2021. Sie konnte keinen einzigen Direktmandat erringen. Auch Ministerpräsident Schulze verlor die Wahl in seinem Wahlkreis. Dies ist besonders schmerzhaft für den Kanzler, da eines der zentralen Wahlversprechen seiner Parteiführung darin bestand, die AfD durch eine deutlich konservativere Politik zu schwächen und das Vertrauen eines Teils der rechten Wählerschaft zurückzugewinnen. In Sachsen-Anhalt geschah genau das Gegenteil: Die »Alternative« konnte ihr Ergebnis mehr als verdoppeln, während die CDU mehr als die Hälfte ihrer Wählerstimmen einbüßte.

Spekulationen über einen bevorstehenden Rücktritt von Merz dürften in der parteiinternen Debatte kaum Beachtung finden. Der Fokus liegt jedoch bereits auf der langfristigen Frage: Ist F. Merz in der Lage, für das Bündnis ein Aktivposten im Wahlkampf zu bleiben und es in die nächste Bundestagswahl zu führen? Der erste Fernsehkanal ARD hat die aktuelle Situation sehr deutlich analysiert und festgestellt, dass Merz' Wiederwahlchancen nach diesem Ergebnis deutlich geringer erscheinen.

Das Ergebnis verschärft zudem die internen Widersprüche der CDU. Ein Flügel fordert ein strikteres Festhalten an der Brandmauer und die Verhinderung jeglicher Normalisierung um die »Alternative«. Der andere Flügel stellt die Effektivität einer Strategie infrage, in der die Partei systematisch Wähler des rechten Flügels verliert und der Ausschluss der AfD von der Macht immer breitere und ideologisch widersprüchlichere Koalitionen erforderlich macht.

Die Abfolge der folgenden Landtagswahlen ist von Bedeutung. Während ein einzelnes schwieriges Wahlergebnis noch auf lokale Gegebenheiten zurückgeführt

werden kann, wird eine Reihe ähnlicher Ergebnisse als bundesweiter Trend wahrgenommen. Merz' Position wird nicht nur von Magdeburg abhängen, sondern auch davon, ob die Bundeskoalition in naher Zukunft wirtschaftliche und soziale Erfolge vorweisen kann.

Letztlich ist ein unmittelbarer Kanzlerwechsel unwahrscheinlich – das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt löst zwar kein Rücktrittsverfahren aus, doch die Frage nach F. Merz' politischer Zukunft ist deutlich dringlicher geworden. Die politische Stabilität innerhalb der Partei hat erheblich abgenommen.

Warum das Ergebnis für ganz Deutschland wichtig ist

Die 43,8 % der Stimmen für die AfD in Sachsen-Anhalt lassen sich nicht ohne Weiteres auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen. Die ostdeutschen Bundesländer weisen nach wie vor spezifische Merkmale ihrer Parteiensysteme, ihrer Wahlkultur und ihrer Haltung gegenüber den Bundesinstitutionen auf. Hier ist das Misstrauen gegenüber traditionellen Parteien stärker ausgeprägt, die Unterbewertung ostdeutscher Interessen wird schärfer wahrgenommen, und Russland, der Ukraine-Konflikt und die Sanktionspolitik werden anders beurteilt. Hinzu kommen die gesamtdeutschen Probleme – die Wirtschaftslage, die Energiekosten, die Bürokratie, die Migrationsfragen, das Bildungswesen und die Infrastruktur.

Die Bedeutung der Wahlen reicht jedoch aus mehreren Gründen weit über die Staatsgrenzen hinaus. Erstens erzielte die AfD erstmals ein Ergebnis, das sie praktisch aus der Kategorie einer typischen Oppositionspartei hinaushebt. 39 von 83 Sitzen erlauben es ihr nicht nur, viele Entscheidungen zu blockieren, sondern auch maßgeblich die Logik der Regierungsbildung zu bestimmen. Es wird für andere Parteien äußerst schwierig sein, eine

traditionelle Koalition zu bilden und den Wahlsieger in der Opposition zu halten.

Zweitens stellt das Ergebnis die Brandmauer vor ihre schwerste Bewährungsprobe. Bislang beschränkte sich die politische Isolation der »Alternative« vor allem auf Koalitionserklärungen. Nun muss sie sich in konkreten Abstimmungen manifestieren – bei der Wahl des Landtagspräsidenten und des Ministerpräsidenten, der Verabschiedung des Haushalts und der Verabschiedung von Gesetzen. Schon das erste Verfahren wird das Ausmaß des Problems offenbaren. Die stärkste Fraktion hat zwar traditionell das Recht, den Parlamentspräsidenten zu nominieren, doch andere Parteien können nach der Reform im April 2026 einen alternativen Kandidaten aufstellen.

Die Brandmauer wandelt sich zunehmend von einem moralisch-politischen Prinzip zu einem Problem institutioneller Regierungsführung. Je höher der Stimmenanteil der AfD ist, desto schwieriger wird es, ohne sie eine Mehrheit zu bilden. Um die Mauer aufrechtzuerhalten, müssen sich immer weiter voneinander entfernte Parteien zusammenschließen.

Drittens hat die Partei nun die Gelegenheit, ihr Kernargument gegen politische Isolation zu erproben: ihre Regierungsfähigkeit. Bislang konnte die AfD viele ihrer Widersprüche mit ihrem fehlenden Zugang zur Exekutivgewalt erklären. Die Bildung einer Landesregierung unter Führung eines ihrer Vertreter, selbst einer Minderheitsregierung, würde die Situation grundlegend verändern. Dann würden die konkreten Ergebnisse ihrer Regierungsführung – Wirtschafts- und Einwanderungspolitik, Bildung, Kultur, Personalentscheidungen, Polizei und die Beziehungen zur Bundeszentrale – Gegenstand der Debatte werden.

Viertens zeigen die Ergebnisse eine Veränderung in der Art der AfD-Unterstützung. Neben dem beeindruckenden Wert von 43,8 % ist das wachsende Vertrauen in die Kompetenz der Partei in konkreten Fragen bemerkenswert. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, wird die traditionelle Strategie der Gegner, die Partei primär als Protestpartei darzustellen, zunehmend den Bezug zum tatsächlichen Wählerverhalten verlieren.

Sachsen-Anhalt verdeutlicht letztlich einmal mehr die Kluft zwischen östlicher und westlicher politischer Dynamik, doch diese Kluft lässt sich nicht länger als isolierte östliche Ausnahme interpretieren. Vielmehr zeigen sich im Osten, konzentrierter, Tendenzen, die auch auf Bundesebene präsent sind: Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage, der Migrationspolitik, den etablierten Parteien und der Außenpolitik.

Der russische Faktor: Einfluss ohne unmittelbare Umkehrung

Es wäre ein Fehler, von einem AfD-Sieg in einem Bundesland einen raschen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik zu erwarten. Wichtige Entscheidungen zu Russland, zu Sanktionen, der NATO und der Unterstützung der Ukraine werden auf Bundes- und EU-Ebene getroffen. Selbst eine mögliche AfD-Regierung in Magdeburg wäre nicht in der Lage, die EU-Sanktionsarchitektur oder Berlins außenpolitischen Kurs zu ändern.

Die politische Bedeutung des Ergebnisses lässt sich dennoch erkennen. Erstens gewinnt die Repräsentation der Kräfte, die sich der aktuellen Sanktionspolitik direkt entgegenstellen, an Einfluss. Zweitens zeigen Umfragen, dass diese Position in Ostdeutschland breite Unterstützung in der Bevölkerung genießt. Themen wie Krieg, Frieden und Rüstungslieferungen sind zu einem Bestandteil der Landeswahl geworden. Folglich rückt die Russland-Agenda zunehmend in den Fokus des innenpolitischen Wettbewerbs. Drittens übt die Stärkung von AfD und BSW langfristigen Druck auf die Bundesparteien aus, da sie einer wachsenden Zahl von Wählern entgegenkommen müssen, die einer fortgesetzten Konfrontationspolitik skeptisch gegenüberstehen.

Ein regionaler Wendepunkt mit bundesweiten Folgen

Die Wahlen in Sachsen-Anhalt bedeuten nicht, dass sich ganz Deutschland der AfD zugewandt hat. Sie machen auch keine AfD-BSW-Koalition oder einen schnellen Kanzlerwechsel unausweichlich. Aber sie schaffen einen neuen Präzedenzfall.

Die AfD erhielt den größten Regierungskredit ihrer Geschichte, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Die Hauptfrage ist, ob die Partei ihren Wahlsieg in Exekutivmacht ummünzen kann.

Das BSW wird somit zu einem potenziellen Schiedsrichter. Fünf ihrer Mitglieder können durch Stimmenthaltung die Machtfrage entscheiden. Die CDU steht vor der Wahl zwischen einer extrem breiten und politisch verletzlichen Anti-AfD-Konstruktion und dem Risiko, die erste von der »Alternative« geführte Landesregierung zuzulassen.

Für F. Merz' Kanzlerschaft besteht keine unmittelbare Gefahr, doch das strategische Problem für seine Führung wächst. Für das gesamte deutsche Parteiensystem wird Sachsen-Anhalt zum Prüfstein dafür, wie lange *die* Brandmauer angesichts des anhaltenden Popularitätszuwachses der AfD noch wirksam bleiben kann.

Hinter dem Rekordergebnis der AfD von 43,8 % verbirgt sich eine zentrale Wahlfrage. Es ist entscheidend, den Fokus von der Frage »Wie viele Stimmen kann die AfD gewinnen?« auf die Frage »Wie funktioniert das parteipolitische System, wenn fast die Hälfte der Wähler für eine Partei stimmt, die von anderen Parteien grundsätzlich von der Koalitionsbildung ausgeschlossen wird?« zu verlagern. Die Antwort wird weit über Magdeburg hinausreichende Konsequenzen haben.

Anmerkungen

- 1 <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/saksoniya-angalt-posle-pobedy-adg-regionalnyy-perelom-s-federalnymi-posledstviyami/>
- 2 Wladislaw Below, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Leiter des Zentrums für Deutschlandforschung am Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten

Das Ende der »Berliner Republik«?¹

Was bedeutet der Triumph der »Alternative« bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt?

Philip Fomitschew²

8.9.2026

Sachsen-Anhalt zählt zu den am dünnsten besiedelten und wirtschaftlich schwächsten Bundesländern Deutschlands. Dennoch haben sich die Berichterstattung und die Diskussionen über die Ergebnisse der Landtagswahl zu einem der wichtigsten politischen Ereignisse nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa entwickelt.

Friedrich Merz hatte versprochen, die »AfD zu halbieren«, bewirkte jedoch das Gegenteil; mittlerweile erfassen Diskussionen darüber, dass das politische System der »Berliner Republik« eine unumkehrbare Deformation durchläuft, selbst jene, die bislang hartnäckig an der These festhielten, die AfD würde – ähnlich wie einst die »Grünen« – zwangsläufig in den politischen Mainstream integriert werden. Der Thüringer Politiker Björn Höcke, der nicht weniger Aufmerksamkeit erregte als der unmittelbare Wahlsieger Ulrich Siegmund, erklärte, der Abend markiere einen Wendepunkt in der Geschichte der BRD.

Symbolisch betrachtet hat er sicherlich Recht. Der eigentliche Zerfall des bestehenden politischen Systems begann jedoch viel früher: Deutschland trat nicht erst in jener Nacht in ein inneres Interregnum ein, und wer könnte das besser verstehen als Höcke – einer der wichtigsten politischen Katalysatoren? (...)

In den kommenden Wochen, wenn nicht gar Tagen, wird sich zeigen, zu welchem Ausmaß die aktuelle Krise führen wird. Ein Szenario, in dem Merz als Kanzler zurücktritt und Neuwahlen auf Landes- und Bundesebene stattfinden, ist nicht auszuschließen. Sollte es dazu kommen, könnten in den meisten oder sogar allen ostdeutschen Bundesländern AfD-geführte Regierungen gebildet werden, während die Partei bei den Bundestagswahlen mit rund 30 Prozent stärkste Kraft werden könnte.

Durch die Vertretung in den Ländern würde die AfD dann eine große Anzahl von Sitzen im Bundesrat gewinnen und ihren Einfluss auf die Bundespolitik deutlich ausweiten können. Verbliebe sie in der Opposition, könnte die AfD die Schwelle erreichen, eine Zweidrittelmehrheit zu verhindern, die es ihr ermöglichen würde, Verfassungsänderungen zu blockieren; gleichzeitig würde die Partei erhebliche öffentliche Gelder erhalten und – was vielleicht am wichtigsten ist – sich in einer grundlegend anderen Position in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung wiederfinden. Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios ist derzeit als äußerst gering einzuschätzen – alle anderen Kräfte im deutschen politischen System arbeiten daran, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Doch selbst wenn es nicht zu einer bundesweiten Krise kommt, steht die AfD vor einem grundlegend neuen Problem – der Macht an sich.

Die Debatte darüber, wie und mit wem regiert werden soll, ist seit Langem ein zentrales Thema innerhalb der AfD und in parteinahen Kreisen. Die Frage, ob die Partei eine historische Chance (möglicherweise sogar mehrere) erhält, ist seit Jahren praktisch unbestritten. Das Hauptproblem liegt woanders: Es könnte sich herausstellen, dass der AfD das kompetente Personal fehlt, um selbst auf Landesebene vollumfänglich als Regierung agieren zu können.

Sollte die AfD an die Macht kommen, wird sie auf einen überparteilichen oder mit anderen Parteien verbundenen Staatsapparat angewiesen sein, um die Funktionsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten. Dabei ergeben sich zwei Hauptgefahren. Erstens die Sabotage der AfD-Regierung durch die Staatsbürokratie, unter Umständen sogar mit Unterstützung des föderalen Zentrums. Zweitens die Aushöhlung des inhaltlichen Profils der Partei durch die

Einbindung ideologisch neutraler oder politisch fremder Personen. Dies erhöht das Risiko einer raschen und umfassenden Integration in das System der »Altparteien«, einer Oligarchisierung und der Aufgabe einer wirklich alternativen Politik.

Bislang wurde eine Annäherung an das Establishment vermieden (siehe: »Ein Schritt nach links – zwei Schritte nach rechts« – sowohl auf rhetorischer und programmatischer Ebene als auch in Parteistruktur und Personal. Die Machtübernahme könnte diesen Prozessen jedoch eine völlig neue Dynamik verleihen. Der Kampf gegen den Staatsapparat, der nach wie vor zu den fein abgestimmten und diszipliniertesten in Europa zählt, um eine alternative Politik durchzusetzen, könnte zur größten praktischen Herausforderung für die AfD werden. Und er ist weitaus gravierender als die unrealistische Aussicht, *den Bundeszwang* gemäß Artikel 37 des Grundgesetzes zu aktivieren, also faktisch eine kommissarische Verwaltung aus Berlin einzurichten, oder die bereits diskutierte Einschränkung des Zugangs des AfD-Ministers zur Konferenz der Innenminister, die sich mit Verschlussachen, darunter auch Fragen der Spionageabwehr und des Nachrichtendienstes, befasst.

Der Rausch des Sieges kann in schmerzhaftes Ernüchterung umschlagen, wenn man mit einer komplexen politischen Realität konfrontiert wird, der die »Alternative für Deutschland« als regierungsfähige politische Kraft noch nicht begegnet ist. Die Partei selbst ist sich dessen jedoch bewusst, denkt darüber nach und spricht ständig darüber.

Selbst wenn die AfD positiv in ihre Amtszeit startet, wird ihr Einfluss auf die Bundespolitik vorerst äußerst begrenzt sein. Die einzige Aussicht auf einen tiefgreifenden Wandel liegt in einer Systemkrise auf Bundesebene. Genau diese Krise wollen die Partei und ihr intellektuelles

Netzwerk, das als wichtigstes Gegengewicht zu opportunistischen Tendenzen auf verschiedenen Ebenen der Parteihierarchie dient, offenbar herbeiführen (siehe: Spaltet sich die »Alternative«?). Ein Erfolg dieses Vorhabens ist nicht auszuschließen.

Anmerkungen

- 1 <https://globalaffairs.ru/articles/konecz-respubliki-fomichev/>
- 2 Philipp Fomitschew, Doktorand an der Fakultät für Philosophie und Kulturwissenschaften der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«, Forscher zu Konservatismus und rechtsextremen Bewegungen in Deutschland, Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«

Gesunder Menschenverstand und Gerechtigkeit¹

Merz' Revanchismus – eine Alternative für Deutschland

Natalia Narotschnizkaja²

10.9.2026

Natalia Alexejewna, Sie sind eine anerkannte Expertin für internationale Beziehungen, und Ihre Doktorarbeit befasste sich speziell mit Deutschland. Sie sprechen hervorragend Deutsch und verfolgen die Ereignisse in diesem Land aufmerksam. Glauben Sie, dass sich die politische Landschaft in Deutschland und, im weiteren Sinne, in Europa derzeit grundlegend verändert?

Europa steht erneut an einem Scheideweg. Wie allgemein anerkannt wird – von westlichen Experten, Bloomberg und führenden Medien –, bleiben Versuche wirkungslos, Russland durch eine Verschärfung von Sanktionen (die ohnehin keine Wirkung mehr entfalten können), durch die Destabilisierung der innenpolitischen Lage, durch Einwirkung auf die Bevölkerung sowie durch Bombardierungen und Brandanschläge auf zivile und kommerzielle Einrichtungen einzuschüchtern. Russland hat allen Grund zu gewinnen, und das ist mittlerweile jedem klar. Deshalb sind so viele Unterhändler unterwegs.

Sobald Russland die Oberhand gewinnt, fragen sie sich sofort: Sollten wir einen Waffenstillstand, eine Atempause vereinbaren, um wieder neue Kräfte zu sammeln? Nun, es ist genau wie bei Danilewski. Zwar schreibt er über lange historische Zeiträume – wie nach jedem Krieg, in dem Russland ihnen »schwer zugesetzt« hat – sammeln sie jahrzehntelang ihre Kräfte und bereiten sich dann auf den nächsten Überfall vor.

In Europa selbst lassen sich derweil schon seit langem Phänomene beobachten, die auf soziale Spannungen und eine allmähliche Spaltung der Gesellschaft in ihrer Beurteilung der EU-Außenpolitik hindeuten.

Das zeigt sich an Marine Le Pens wachsender Popularität in Frankreich, wo sie bei den nächsten Wahlen – mit Sicherheit im ersten Wahlgang – beste Chancen auf einen überwältigenden Stimmenzuwachs hat. Und die jüngsten Nachrichten, die für Deutschland von großer Bedeutung

sind, betreffen das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, wo die »Alternative für Deutschland« ihre Mandate verdoppelt und damit sogar die Erwartungen der Umfrageergebnisse übertroffen hat. Ihr fehlen nur noch drei Mandate, um allein regieren zu können. Merz' CDU/CSU hingegen verlor die Hälfte ihrer Stimmen. Die Sozialdemokraten haben gar nicht bestanden. Da sind auch die Grünen und noch irgendwelche ... Übrigens schaffte es der Block von Sahra Wagenknecht, eine linke Partei mit Schwerpunkt auf sozialer Gerechtigkeit, erstmals in dieser Region. Der Block trägt den Namen »Bündnis Sahra Wagenknecht für Vernunft und Gerechtigkeit«.

Und was bedeutet das? Bedeutet das bereits das Ende der aktuellen Politik? Natürlich nicht. Denn erfahrene Politikwissenschaftler wissen, welches Damoklesschwert nicht nur über Merz schwebt, sondern über der gesamten Elite, die Deutschland wieder zur militärischen Vormachtstellung verhelfen und ihren Fokus auf den Osten richten will. Deshalb werden sie auf Biegen und Brechen versuchen, diese Parteien am weiteren Vormarsch zu hindern. Hier haben wir unsere Erfahrungen mit der Revision der Wahlergebnisse in Rumänien und Moldawien.

Interessanterweise gab es in Deutschland bereits seit den 1950er Jahren – kein Gesetz, sondern einen Konsens, der in den Nachkriegsjahrzehnten bis heute Bestand hatte –, nicht mit als extremistischen, sogar profaschistischen Parteien zusammenzuarbeiten. Dies war damals verständlich; es diente der Verhinderung des Aufstiegs und der Wiederbelebung profaschistischer Kräfte. Es war Teil der Entnazifizierung und wurde stets eingehalten. Man spricht von einer Brandmauer, einer Art Mauer, einer Barriere. Und bis heute wird diese Erklärung als Argument dafür angeführt, warum eine Zusammenarbeit mit der »Alternative« unmöglich sei. Und nun kommt der Clou: Nicht nur, dass gerade einmal drei Mandate fehlten,

um eine Regierung bilden zu können. Das Bündnis Sahra Wagenknecht hat bereits die Überlegung geäußert, dass die Parteien zwar unterschiedlich sind, sich aber einige gemeinsame Wahlprogrammpunkte herausgebildet haben: Verurteilung der Politik von Merz, Verurteilung der Sanktionspolitik und Feindseligkeit gegenüber Russland. Beide Parteien plädieren für einen konstruktiven Ansatz zur Wiederherstellung normaler, für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zu Russland, deren Abbruch Deutschland und seiner Industrie so großen wirtschaftlichen Schaden zugefügt hat, dass eine Deindustrialisierung bereits im Gange ist. Diese Militarisierungsbestrebungen dienen auch teilweise dem Erhalt von Arbeitsplätzen, die durch die Schließung von Volkswagen und anderen Werken verloren gehen.

Was bedeutet das? Dass diese Mauer, diese Brandmauer, diese Barriere Risse bekommt. Und dass, wenn in dieser Region, in diesem Bundesland Sachsen-Anhalt, tatsächlich zwei Parteien plötzlich miteinander interagieren, man früher oder später mit der »Alternative« rechnen muss, was deren Wählerbasis weiter stärken wird, denn es ist völlig klar, dass ihre Wählerbasis noch breiter ist, als irgendjemand hätte erwarten können.

Ich habe diese Stimmungslage selbst schon mehrfach erlebt. In der gesamten DDR, wo die Menschen eine gute historische Bildung genossen haben, wollen sie weder Faschismus noch Nationalsozialismus, sie wollen keinen Krieg mit Russland und erinnern sich an unsere gutnachbarlichen Beziehungen, unsere Zusammenarbeit und unseren für beide Seiten vorteilhaften Handel. Daher hat die Vertreterin der Partei von Sahra Wagenknecht bereits angekündigt, die »Alternative« für das Amt des Landtagspräsidenten zu unterstützen. Beim Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten hält man sich jedoch noch zurück.

Doch das ist bereits eine Revolution. Alexander Rahr schreibt, dass die etablierten Politiker dies nicht tolerieren werden. Wir wissen, was sie – die sogenannten Brüsseler Militaristen – bei den Wahlen in Rumänien und Moldawien angerichtet haben und was sie hier tun. In den 1950er Jahren war klar, dass diese Barriere der Kooperationsverweigerung mit extremistischen Parteien ein Schutz gegen revanchistische Bestrebungen war. Aber wie sieht es heute aus? Schauen wir uns das genauer an. Was genau versteht man unter den Begriffen »nazistische«, »pro-nazistische«, »faschistische« oder »extremistische« Partei?

Was ist denn so extremistisch an der »Alternative für Deutschland«? Die Einschränkung der Einwanderung? Nun, man muss kein Extremist sein, um nicht entsetzt zu sein über das, was in manchen deutschen Städten passiert! Ich habe es selbst gesehen: Ganze Viertel, in denen es nur noch Schisch Kebab und ähnliches gibt und von der deutschen Kultur nichts mehr übrig ist, wo man sich fast nicht mehr traut, einen Weihnachtsbaum aufzustellen oder einen Weihnachtsmarkt zu veranstalten.

Darüber hinaus lese ich seit Langem bei einigen Theoretikern dieses linksliberalen Flügels, der sich zu einer regelrechten totalitären Ideologie entwickelt hat, die keinerlei Widerspruch duldet, dass jede politische Kraft oder Bewegung, die in ihrem Programm auch nur kollektive Werte erwähnt, Faschismus sei. Es gäbe nur das Individuum, das Subjekt der Geschichte; es gäbe keine Nation. Nun, wissen Sie, das ist sogar noch schärfer als die kommunistische Ideologie, in der nicht das Individuum oder die Nation, sondern die Klasse (eine weitere transnationale Gemeinschaft) Geschichte schreibt.

Wer spricht heutzutage buchstäblich mit Hitlers Worte über Russland? Merz. Für mich hat sich die CDU/CSU von einer konservativen, nun ja, relativ konservativen Partei zu einer Partei gewandelt, die dem Vermächtnis von Hitlers Deutschland folgt. Denn Merz erklärt die Notwendigkeit eines Krieges gegen Russland durch die Ukraine (Krieg und Einschüchterung im Allgemeinen) mit denselben Worten, die Hitler am Tag des Angriffs auf die Sowjetunion sprach.

Er wandte sich an die Nation und erklärte, es gehe hier nicht einmal um die Verteidigung der eigenen Grenzen,

sondern um die Rettung Europas. In jeder ernsthaften Diskussion wird zunächst über Konzepte, Kriterien und Terminologie gesprochen. Es ist an der Zeit, gegen Merz eine Brandmauer angesichts solcher Parteien zu errichten, denn er denkt in Nazi-Kategorien. Natürlich ist es unwahrscheinlich, dass alle Mitglieder und Wähler dieser Partei ihm zustimmen. Dennoch wagt er es, dies so offen auszusprechen. Als Nächstes stehen die Wahlen in Mecklenburg und Berlin an, und sollte dort etwas Ähnliches geschehen, wäre das ein Signal auf Bundesebene. Alle, die in Deutschland einen Kurswechsel befürworten, würden sich bestärkt fühlen, selbst im Westen, der der jahrelangen antirussischen und antisowjetischen Propaganda stärker ausgesetzt war. Dann stünde Merz' Schicksal auf dem Spiel. In der CDU/CSU-Partei findet bereits eine Dringlichkeitssitzung statt, in der zwar noch nicht die Frage nach einer Ablösung des Kanzlers aufgeworfen wird, aber über das katastrophale Scheitern dieser Politik gesprochen und darüber diskutiert wird, was in Zukunft zu erwarten ist.

Deshalb sind das alles sehr ernste Ereignisse. Deutschland interessiert mich besonders, weil mein erstes berufliches Interesse schon in jungen Jahren der Germanistik galt. Ich habe die Sprache seit meiner Kindheit studiert, klassische deutsche Literatur gelesen und so weiter. Meine Dissertation, meine Doktorarbeit, widmet sich Brandts neuer Ostpolitik. Für die Angelsachsen ist seit der Zeit des Bismarck-Reichs das »Modus vivendi« und die konstruktive Beziehung zwischen den beiden wichtigsten Nationen Eurasiens, der europäischen Zivilisation, Russland und Deutschland, das Schrecklichste. Diese Architektur darf unmöglich realisiert werden, weil die Angelsachsen darin keinen Platz haben. Sie werden überflüssig. Und hier fügt sich alles zusammen. Zum Beispiel war Kohl während Gorbatschows Amtszeit sogar bereit, einen Austritt aus der NATO in Erwägung zu ziehen. Nicht, dass er das direkt gesagt hätte, aber es war bekannt, dass er unter bestimmten Umständen ... Er war so fest davon überzeugt, dass die Chance auf die deutsche Einigung nicht verpasst werden dürfe. Und Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank und eine Schlüsselfigur im europäischen Finanzwesen, schlug sogar vor, den Rubel an die Mark

statt an den Dollar zu koppeln und alle unsere bestehenden Schulden zu erlassen. Er wurde ermordet, die Schuld wurde den »Roten Brigaden« zugeschoben, die seit 20 Jahren nicht mehr existierten, und die Ermittlungen wurden innerhalb von zwei Wochen unter den Teppich gekehrt. Deutsche konservative Publikationen schrieben: »Mord als geopolitisches Instrument.« Deshalb müssen wir den Prozess nun genau beobachten. Ich hoffe, dass die AfD die Weisheit besitzt, sich nicht von der Euphorie mitreißen zu lassen, sondern mühsam und Schritt für Schritt vorzugehen und alle Lücken zu schließen und voranzuschreiten. Was die öffentliche Meinung in Deutschland betrifft, so müssen wir die Realität betrachten. Wir werden sehen, was in zwei Wochen in Mecklenburg geschieht. Das ist eine sehr ernste und aufschlussreiche Angelegenheit.

Anmerkungen

- 1 <https://izborsk-club.ru/28573>
- 2 Natalia Alexejewna Narotschnizkaja, Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO), Diplomatin, Direktorin der Stiftung für Historische Perspektiven und Präsidentin des Europäischen Instituts für Demokratie und Zusammenarbeit. Sie ist außerdem ständiges Mitglied des Isborsker Klubs.

11.9.2026

Eine Alternative für Europa. Was kann Russland vom Sieg der »AfD'ler« erwarten?¹

Die »populistische« AfD sollte als eine echte sozialkonservative Kraft definiert werden

Sergej Axjonow²

In Russland werden die Veränderungen, die sich in der deutschen Politik im Zusammenhang mit dem triumphalen Ergebnis der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) bei den regionalen Wahlen vollziehen, mit Interesse verfolgt.

Was wird die Folge der Entwicklung dieses Erfolgs sein? Wie wird er sich auf Europa und die Welt insgesamt auswirken? Schließlich war Deutschland die Ursache vieler der schwerwiegendsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts.

Inspiziert von ihrem lokalen Wahlsieg hielt die AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel eine Grundsatzrede im Bundestag, in der sie die Politik von Friedrich Merz scharf kritisierte.

Der Kern der Anschuldigungen: Der Kanzler wendet seine Anstrengungen und Ressourcen für die Unterstützung externer Kräfte und das Schüren ideologischer Klišees auf, anstatt sich um die dringenden Bedürfnisse seines eigenen Volkes zu kümmern.

Ein Teil von Weidels Rede bezog sich direkt auf unser Land.

These eins: Deutschland benötigt erneut billiges Gas aus Russland, da im kommenden Winter eine »existenzielle Versorgungskrise« droht. Um dies zu gewährleisten, müssen die Importe über »Nord Stream 2« wieder aufgenommen werden. »Die Energiewende (grüne Energie statt russischem Gas und Atomkraftwerken – SP) ist Geldverschwendung«, erklärte die Politikerin.

Ihre zweite These betraf die militärische Spezialoperation: »Während die USA einen weiteren Versuch unternehmen, den Konflikt in der Ukraine zu beenden, verschärfen sie (die deutschen Behörden – SP) lediglich ihre militärische Rhetorik, eskalieren die Konfrontation mit

Russland und verbrennen die letzten Brücken, um von ihrer eigenen Katastrophe abzulenken.«

»Sie haben immer noch nicht verstanden, was die Wähler Ihnen letzten Sonntag sagen wollten (die AfD gewann 44 % der Stimmen bei der sächsisch-anhaltischen Landtagswahl – SP). Aber das spielt jetzt kaum noch eine Rolle, denn Ihre Zeit ist ohnehin abgelaufen«, fuhr Alice Weidel den Bundeskanzler an. Sie glaubt, dass Merz noch in diesem Jahr – vor Weihnachten – aus dem Amt scheiden wird.

Als Reaktion darauf warf Merz Weidel übermäßige Sympathie für Russland und seinen Präsidenten vor: »Die einzige wirkliche Bedrohung für Russland und Putin ist die Anziehungskraft der Demokratie.« Er bezeichnete die AfD als »destruktive Kraft«, die demokratische Institutionen verachte. Wobei er sich immerhin noch nicht hat dazu hinreißen lassen, sie als »Hitler« zu beschimpfen ...

Anders als die derzeitige deutsche Regierung hat Moskau keinen Interessenkonflikt mit der AfD. Russland ist an der Außenpolitik interessiert, die ihre Führung im Falle eines Machtantritts verfolgen würde.

Wenn man bedenkt, dass der Vertraute des Präsidenten, Kirill Dmitrijew, von einem gemeinsamen Wirtschaftsforum mit der AfD und den USA sprach, so scheint es, dass die Führungsriege die AfD'ler positiv sieht.

Das ergibt durchaus Sinn. Unter Scholz und Merz hat Deutschland einen Weg der Militarisierung eingeschlagen: Die Militärausgaben haben sich seit 2022 verdoppelt, eine Personalreform ist im Gange, neue Waffen werden beschafft (man erwägt sogar Atomwaffen), und es werden Vorbereitungen getroffen, die Bundeswehr zur stärksten Armee Europas auszubauen und bis 2030 gegen Russland zu kämpfen.

Man gewinnt den Eindruck, Berlin wolle die Geschichte des 20. Jahrhunderts, in dem die Deutschen kein großes Glück hatten, wiederholen, einen neuen Krieg in Europa entfachen und ihn gewinnen und Moskau all seine vergangenen Sünden anlasten. Das Argument, dies sei gefährlich für die Deutschen selbst, ist hält keiner Kritik stand: Politiker lassen sich von Leidenschaften und Eifer leiten, und sie, nicht der Durchschnittsbürger, treffen die Entscheidungen.

Nicht umsonst verglich Lawrow den aktuellen diplomatischen Schlagabtausch – die Schließung des russischen Generalkonsulats in Bonn und des Russischen Hauses in Berlin – mit dem »Beginn eines echten Krieges«.

Wenn Merz und seinesgleichen an der Macht bleiben, wird sich dieser Trend fortsetzen und könnte ein böses Ende nehmen. Der Aufstieg der AfD wird die Lage mit ziemlicher Sicherheit beruhigen.

(In diesem Fall ist es unwahrscheinlich, dass die »AfD'ler« die grundlegenden Punkte ihres Programms bis hin zur Wiederholung des von Merz skizzierten Wegs plötzlich ändern. Die deutsche politische Kultur wuchs auf dem Fundament der protestantischen Ethik mit ihrem Kult der Worttreue. Für asiatische Täuschung und Verrat ist hier kein Platz. Schließlich haben sie ihren Wählern Versprechen gegeben, nicht Russland.)

Die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland ist zweitrangig gegenüber der Möglichkeit, einen großen europäischen Krieg zu verhindern. Es sei denn, man betrachtet sie als Friedensgarantie (was schon einmal nicht funktioniert hat). Putin hat wiederholt erklärt er sei bereit, die Gaslieferungen an Deutschland sofort wieder aufzunehmen. Kommt zurück, und ich verzeihe alles ...

Subjektiv betrachtet sollte die AfD unserem Präsidenten auf einer rein menschlichen Ebene sympathisch sein. Schließlich verbrachte er seine Jugend in der DDR (das politische System dort war wie heute in der RF: eine dominierende Partei und mehrere schwächere Oppositionsparteien). Und gerade in diesem Teil des wiedervereinigten Deutschlands sind die »Alternativen« am beliebtesten.

Das Durchschnittsalter der Einwohner Sachsens-Anhalts liegt bei 48 Jahren. Das sind drei Jahre mehr als im Bundesdurchschnitt. Die AfD-Wähler gehören überwiegend der Altersgruppe zwischen 30 und 50–55 Jahren an. In diesem Alter beginnt die bewusste politische Entscheidung. Junge Menschen haben sich bisher für die linke Ideologie entschieden, während ältere Menschen die CDU und die SPD bevorzugen, die Ruhe und Renten versprechen.

Bei den Themen, die AfD-Wähler beschäftigen, liegen Migration und steigende Preise mit großem Abstand an erster und zweiter Stelle (91 % bzw. 89 %). »Die Lebensmittelpreise sind seit 2021 um 34,7 % gestiegen. Die Löhne hinken weit hinterher und haben sich nur um 14,8 % erhöht. Wir brauchen eine antifaschistische Wirtschaft«, analysiert die deutsche Ökonomin Isabella Weber die Lage.

Diese Daten liefern keine Grundlage dafür, die AfD als rechtsextreme Kraft einzustufen, wie es ängstliche Liberale aller Couleur, einschließlich russischer Exilanten, gerne behaupten. Vielmehr kann man von einer rechtspopulistischen oder sogar sozialkonservativen Kraft sprechen, ähnlich wie sie in praktisch jedem Land mit einem entwickelten politischen System existiert.

Die AfD genießt in Ostdeutschland einen überwältigenden Zuspruch von 45 %, die CDU hingegen nur 12 %. Bundesweit ist der Unterschied geringer: 29 % gegenüber 19 %. Dennoch hat die AfD die höchste Zustimmung unter allen ihren Konkurrenten, was ihre Kampf um die Macht in Deutschland vielversprechend, wenn auch nicht garantiert, erscheinen lässt.

Die nächste Generalprobe für den großen Kampf findet bei den Wahlen im September statt – in Berlin und im Land Mecklenburg-Vorpommern.

In Mecklenburg führt die AfD mit rund 35 %. In der Hauptstadt ist ihr Anteil geringer, doch auch dort gilt Merz' Partei als Außenseiter. Ihr Erfolg in Sachsen-Anhalt dürfte sich wiederholen. Die größte Herausforderung besteht in der Regierungsbildung.

Vier Parteien – CDU, SPD, »Grüne« und »Die Linke« – haben angekündigt, nicht mit der AfD im Sächsischen [sic!] Landtag zusammenzuarbeiten. Sie verfügen zusammen über 39 Sitze, genauso viele wie die AfD. Das »Bündnis Sahra Wagenknecht« gewann weitere fünf Sitze. Sollten seine Vertreter eine Einigung mit der AfD-Spitze erzielen, könnte eine beispiellose Rechts-Links-Koalition entstehen.

Bei Erfolg könnte dieses Modell in anderen Bundesländern wiederholt und anschließend auf Bundesebene ausgeweitet werden. Es sei denn, natürlich, die AfD wird wegen Extremismus verboten – eine theoretische Möglichkeit, die die Behörden in Betracht ziehen. In jedem Fall hat der Aufstieg der AfD eine abschreckende Wirkung auf ihre Gegner.

Sollte Alice Weidels Partei die Macht ergreifen, könnte dies den Beginn einer konservativen Neugestaltung Europas markieren. Der wahrscheinliche Erfolg von Marine Le Pen in Frankreich, der Rückzug der italienischen Ministerpräsidentin Meloni auf eine vorgefasste rechte Position und mögliche Durchbrüche der Rechten in den Niederlanden und Großbritannien werden die politische Landkarte grundlegend verändern.

In Verbindung mit einem von Trump geprägten Amerika (selbst wenn der »rothaarige Joker« abtritt, könnte er einen ähnlichen Nachfolger hinterlassen) erscheint ein nach rechts gerücktes Europa für Russland etwas akzeptabler als das gegenwärtige. Es wird nicht prorussisch werden, nein, aber es wird sich wahrscheinlich stärker auf seine eigenen nationalen Angelegenheiten konzentrieren.

Russland wird seine Probleme in jedem Fall selbst lösen müssen, ohne sich auf äußere Einflüsse zu verlassen. Ein ruhigeres außenpolitisches Umfeld wäre jedoch wünschenswert. Es wäre besser als der gegenwärtige aggressive Wahnsinn, der sich direkt gegen unser Land richtet und die offensichtliche Gefahr birgt, in einen Dritten Weltkrieg abzurutschen.

Für Merz wäre es besser, endlos mit Alice Weidel zu kämpfen oder umgekehrt, als gegen Wladimir Putin zu kämpfen.

Anmerkungen

- 1 <https://svpressa.ru/politic/article/531523/?hta=1>
- 2 Sergej Axjonow, Journalist

Helmut Kohls Albtraum¹

In Deutschland hat die Zerstörung der systemrelevanten Parteien begonnen

Fjodor Lukjanow²

22.9.2026

Helmut Kohl, der Bundeskanzler der BRD, der Deutschland nach 45 Jahren Teilung wiedervereinigen sollte, starb vor neun Jahren. In den letzten Jahren hatte er sich aus gesundheitlichen Gründen weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Solange er die Ereignisse noch verfolgte, war bekannt, dass er die Politik seiner Nachfolger missbilligte.

Angela Merkel, die Kohl persönlich auf der Karriereleiter der Partei nach oben gebracht hatte, betrachtete er gar als Verräterin. Die ehrgeizige Dame hatte ihren Mentor nicht unterstützt, als dieser sich in den letzten Jahren seiner Amtszeit direkten Angriffen ausgesetzt sah. Dem Patriarchen missfiel zudem der allgemeine Kurs hin zum Auslöschen von Individualität und zur gesamteuropäischen Vereinheitlichung.

Wenn Kohl noch lebte (er wäre jetzt 96 Jahre alt; sein Vorgänger als Kanzler, Helmut Schmidt, erreichte dieses Alter bei vollkommener geistiger Gesundheit), wäre er entsetzt darüber, was aus seiner Partei geworden ist und wer genau sie in den bedrängt.

Die Christlich-Demokratische Union ist neben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine der beiden »Volksparteien«, also systemrelevanten Massenparteien. In mancher Hinsicht ist die CDU jedoch wichtiger: Die Westmächte, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland die Grenzen des Akzeptablen definierten, stützten sich vorwiegend auf das rechte Lager. Insgesamt bildete die Dichotomie zwischen Konservativen (Christdemokraten) und Sozialisten (Sozialdemokraten) in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts das politische Fundament Westeuropas.

Die Landtagswahlen dieses Monats (Sachsen-Anhalt vor zwei Wochen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gerade eben) zeigen, dass sich die politische Landschaft Deutschlands endgültig im Umbruch befindet.

Symbolik ist allgegenwärtig. In Berlin, das als Symbol für den Zusammenbruch des kommunistischen Projekts in die Geschichte einging, erringen die wenn auch nur nominellen Erben der DDR-Regierungspartei (in Wirklichkeit sind sie grundverschieden, typische Linksliberale der Neuzeit) überzeugende Wahlsiege. In der gesamten ehemaligen DDR, entlang ihrer Grenzen, unterscheidet sich die Wählerstimmung deutlich von der in Westdeutschland – ein Unterschied, der in dreieinhalb Jahrzehnten nicht verschwunden ist. Die systemrelevante Rechte wird von rechts zurückgedrängt – etwas, das im Nachkriegsdeutschland als inakzeptabel galt.

Es geht nicht um situative Erfolge der einen und Misserfolge der anderen, sondern um die Auflösung eines Parteiensystems, das über Jahrzehnte so vertraut geworden war, dass es als absolut unverzichtbar, ja selbstverständlich galt. Diese Verschiebungen markieren das Ende einer geordneten politischen Struktur. Die Führer der »Volksparteien« (CDU und SPD) reduzieren das Problem am liebsten auf die »Alternative für Deutschland«. Folglich konzentriert sich der ganze Pathos darauf, was mit ihr geschehen soll. Gleichzeitig rechnen sie die »Linke« zu den Extremisten vom anderen Flügel. Der eigentliche Konflikt liegt jedoch in der Fragmentierung des gesamten Wählerfelds und dem Verlust der einst so selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Kontrolle.

Was die »Linkspartei« in Berlin erreichen wird, wird sich bald zeigen: Entweder sie verschmelzen mit den anderen Parteien oder sie verfällt in utopische Kapriolen. Ob die »Alternative für Deutschland« in ihrer jetzigen Form regieren kann, ohne sich durch sofortige Misserfolge zu diskreditieren, ist fraglich. Der Partei fehlt es an Personal und klaren Ideen zu den meisten Themen jenseits von Migration (obwohl ihr politisches Geschick insgesamt unbestreitbar ist).

Was die übrigen Parteien betrifft, so besteht die wichtigste Veränderung in Deutschlands Annäherung an den Standard kleinerer europäischer Länder wie Belgien, den Niederlanden oder dem heutigen Österreich. Dies bedeutet instabile Regierungen, die sich aus mehreren Parteien unterschiedlicher Ausrichtung zusammensetzen.

Diese Struktur an sich ist nichts Neues, und viele Länder kommen gut damit zurecht. Deutschland ist jedoch ein einzigartiges Land, soziopolitisch unflexibel und wenig konfliktbereit. Sollte der politische Raum zerfallen – beispielsweise durch interne Prozesse innerhalb der CDU und SPD aufgrund der Unzufriedenheit einzelner Parteimitglieder mit den Entscheidungen der Führungsspitze –, würde die allgemeine Nervosität zunehmen. Angesichts der historischen Rolle Deutschlands in Europa würden dies Auswirkungen auf dem gesamten Kontinent haben. Und wie wir wissen, sind die Folgen dieser deutschen Nervosität unterschiedlich.

Das Establishment neigt dazu, Misserfolge auf persönliche Faktoren zurückzuführen. Merz' Amtszeit als Kanzler dürfte bald enden. Doch die tiefe Krise des politischen Systems wird in Deutschland weiterhin nicht erkannt. Was geschieht, wenn die Erkenntnis kommt, ist eine andere und interessante Frage.

Anmerkungen

- ¹ <https://globalaffairs.ru/articles/koshmar-lukyanov/>
- ² Fjodor Lukjanow, Chefredakteur der Zeitschrift »Russland in der globalen Politik«, Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands, Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Diskussionsclubs »Waldai«. Forschungsprofessor an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«

Die europäische Rechte ist nicht Russlands Freund¹

Dmitri Rodionow, Politikwissenschaftler

28.9.2026

Weder Le Pen in Frankreich noch Meloni in Italien noch die AfD sind unsere Freunde; sie waren es nie und werden es nie sein. Das heißt natürlich nicht, dass wir nicht versuchen sollten, mit diesen Politikern in Dialog zu treten. Wir sollten uns nur keine Illusionen machen und ihnen den Rücken zukehren.

Die französische Ultrarechte Marine Le Pen warf Russland feindselige Handlungen im Zusammenhang mit der Entscheidung vor, die Vermögenswerte des französischen Einzelhändlers Auchan, des Schweizer Lebensmittelherstellers Nestlé, des französischen Logistikkonzerns FM Logistic und von Lemana PRO, einer ehemaligen Tochtergesellschaft der französischen Marke Leroy Merlin, unter vorübergehende Verwaltung zu stellen.

Darüber hinaus wird in einer gemeinsamen Erklärung mit dem jungen Vorsitzenden des Rassemblement National, Jordan Bardella, erklärt, dass Russland Frankreich seine Politik nicht durch Drohungen oder psychologischen Druck diktieren kann.

»Keine Provokationen, verdeckten Operationen oder destabilisierenden Aktionen werden Frankreich dazu zwingen, Russlands militärische Ziele in der Ukraine zu unterstützen«, sagte sie.

Und das ist dieselbe Le Pen, die einige von uns praktisch angeboten haben, und die die Russen jahrelang davon überzeugten, dass sie bald an die Macht kommen würde und dass Frankreich sich plötzlich Russland zuwenden würde.

Aber warum?

Bei den vorangegangenen französischen Präsidentschaftswahlen hatte sie versprochen, Frankreich im Falle ihres Wahlsiegs aus der NATO und der EU zurückzuziehen, widerrief diese Aussage jedoch später – entweder aus Angst vor der Reaktion der Wähler oder weil man ihr gesagt hatte, es gäbe rote Linien, die nicht überschritten werden dürften.

Und doch hat sie zum ersten Mal seit vielen Jahren eine realistische Chance, Präsidentin zu werden. Laut Daten vom August 2026 führt sie im Präsidentschaftsrennen vor den Wahlen 2027 mit 35 bis 38 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang. Der amtierende Präsident Emmanuel Macron darf nicht kandidieren und hat noch keinen potenziellen Nachfolger benannt, was Le Pens Chancen zusätzlich erhöht.

Vor diesem Hintergrund erklärt Nicola Procaccini, Vorsitzender der italienischen rechten Gruppe »Europäische Konservative und Reformer« (EKR) und Verbündeter der italienischen Ministerpräsidentin Giorgio Meloni, dass die EU die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Le Pen im Falle ihres Wahlsiegs erörtert. Dies bedeutet, dass Brüssel ihren Aufstieg zur Macht nicht behindern, sondern versuchen wird, sie in der europäischen Politik »einzuhängen«: keine Referenden über den Austritt aus der NATO und der EU, keine freundschaftlichen Beziehungen zu Russland und fortgesetzte Unterstützung für die Ukraine.

Le Pen hat dies offenbar begriffen. Bezeichnend ist, dass ihre zitierte Aussage nach einem Treffen mit Emmanuel Macron erfolgte, der die Führer des Rassemblement National offenbar über die Bedingungen für einen möglichen Machtwechsel informierte.

Was werden Le Pens Anhänger in Russland nun sagen? Nichts. Genau wie sie schwiegen, als sich Giorgia Meloni in Italien als überzeugte Unterstützerin der Ukraine outete, obwohl sie zuvor geglaubt hatten, die rechtsextreme Politikerin (übrigens eine Bewunderin Mussolinis) würde Roms Haltung gegenüber Moskau von Feindseligkeit zumindest in Neutralität wandeln.

Heute sind viele Menschen genauso naiv in ihrem Glauben an die »Alternative für Deutschland« (AfD), insbesondere angesichts ihres überwältigenden Erfolgs bei den Landtagswahlen der letzten Wochen.

Die Aussichten der AfD, an die Macht zu kommen, sind weitaus komplizierter: Die deutschen Parteien hatten sich einst darauf geeinigt, unter keinen Umständen eine Koalition mit ihr einzugehen. Um an die Macht zu gelangen, müsste sie daher bei den Bundestagswahlen eine verfassungsmäßige Mehrheit erringen, was derzeit unmöglich erscheint.

Aber auch die AfD ist keine »prorussische Partei«! Ja, sie befürwortet die Wiederaufnahme des Gaskaufs – einfach weil es vernünftig ist. Und ihre Weigerung, Kiew zu finanzieren, hat nichts mit Antikriegsgedanken zu tun. Was den Ukraine-Konflikt selbst angeht, ist die Partei gespalten: Einige plädieren für ein vollständiges Ende der Unterstützung für die Ukraine und eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland, während andere den bisherigen Kurs beibehalten wollen.

Tatsächlich gibt es in der AfD nicht viele bekennende »Russophile«, und schon gar nicht unter ihren Führern. Viele haben wohl schon vergessen, wie die damals in Russland noch weitgehend unbekannte Ko-Vorsitzende der Partei Alice Weidel, 2020 die »Opfer der Vertreibung« beklagte – die deutsche Bevölkerung, die 1945 mit der zurückweichenden Nazi-Armee aus Ostpreußen floh. Die russische Botschaft antwortete darauf: »Hier ist es vielleicht angebracht, an den Grund für den Vormarsch der Roten Armee zu erinnern.«

Ob Weidel diesen Grund kannte oder ihn erst im Laufe der Jahre verstanden hatte, ist unbekannt. Jedenfalls sollte man von ihr keine leidenschaftliche und selbstlose Freundschaft erwarten.

Sowie von anderen Deutschen, die jetzt aktiv durch Propaganda über die Unvermeidbarkeit eines neuen Krieges mit Russland einer Gehirnwäsche unterzogen werden.

Deutschland bereitet sich, wie der Rest Europas, offen auf den Krieg vor und stellt seine Wirtschaft schrittweise auf Kriegsproduktion um.

Da die sogenannten Linken, die in den EU-Ländern regieren – Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten –, offensichtlich nicht in der Lage sind, die Last der Probleme (die sie selbst verursacht haben) zu bewältigen, lassen die herrschenden Kreise eine Art Feuerwehr auf die Bühne – die extreme Rechte –, die schnelle und radikale Lösungen verspricht. Wir alle haben das in den 1930er Jahren erlebt. Jeder erinnert sich, wohin das alles geführt hat.

Natürlich lehnt die heutige europäische extreme Rechte Hitler, Mussolini und Franco ab (wenn auch längst nicht alle; es gibt sogar offene Revanchisten). Die historische Parallele ist jedoch offensichtlich.

Ja, heute skandiert niemand mehr kannibalistische Parolen oder verbreitet offen menschenfeindliche Rassentheorien. Doch seit Jahren erleben wir die Entmenslichung und Dehumanisierung von Russen, Versuche, die russische Kultur auszulöschen. Genau damit begannen die deutschen Nationalsozialisten, indem sie ihre Landsleute davon überzeugten, Russland bringe den »kommunistischen Virus« ins progressive Europa und müsse neutralisiert werden. Dann folgte die Beschwörung der »slawischen Untermenschen« und so weiter. Als die Öffentlichkeit dafür am empfänglichsten war.

Man könnte meinen, all das liege in der Vergangenheit und werde nie wieder vorkommen? Doch diese Hoffnung ist haltlos, genau wie der Glaube, die europäische extreme Rechte wolle nach ihrer Machtergreifung plötzlich mit Russland befreundet sein. Das wird ihnen nicht erlaubt werden. Und das wollen sie auch gar nicht.

Das heißt natürlich nicht, dass wir nicht versuchen sollten, mit diesen Politikern in Dialog zu treten. Wir sollten uns nur keine Illusionen machen und ihnen den Rücken zukehren.

Anmerkungen

1 <https://m.vz.ru/opinions/2026/9/28/1454538.html>

Putins Kreis und Selenskis Kreis: Konstantin Bondarenko verglich »Einflussgruppen« in Russland und der Ukraine¹

Parteien spielen eine wichtige Rolle in der öffentlichen Verwaltung, haben aber heute nicht mehr das letzte Wort

Alexander Uralski

21.9.2026

Die Wahlen zur Staatsduma verliefen ohne größere Überraschungen. Einiges Russland konnte mit seinem Hauptargument – »Wir sind für Putin« – die Mehrheit im Unterhaus des Parlaments verteidigen.

Der zweite Platz ging an die KPRF, die die Präsidialverwaltung mit allen Mitteln auf den dritten Platz abzudrängen versuchte und gleichzeitig sowohl die LDPR (Liberaldemokratische Partei Russlands) als auch die Partei »Neue Leute«, die als Kirijenkos Baby gilt, förderte.

Selenskis törichte Versuche, Putin irgendwie zu »stürzen« oder zumindest die Wahlen zu stören, sind erwartungsgemäß gescheitert, obwohl er seine gesamte Sommerstrategie darauf aufgebaut hat, indem er die Krim, Öltraffinerien und Wildberries-Lagerhäuser mit Drohnen angegriffen hat.

Der Höhepunkt der unverhohlenen Wut des Kiewer Regimes war der massivste Drohnenangriff der ukrainischen Streitkräfte auf Moskau am Sonntag, dem letzten Tag der Arbeit der Wahllokale.

Europa protestierte erwartungsgemäß erneut gegen die angebliche Unrechtmäßigkeit der Wahlen in Russland. Kaja Kallas, die für ihr Alter frühzeitig an Demenz erkrankt ist und vergessen hatte, was die Europäische Union kürzlich bei den Präsidentschaftswahlen in Rumänien getan hatte, verschickte ein Rundschreiben an die EU-Länder, in dem sie diese aufforderte, die Wahlergebnisse in Russland nicht anzuerkennen.

Heute haben wir also die von Politikern und Experten vorhergesagte Situation. Wie geht es weiter? Wie werden die Wahlen vom 18. bis 20. September die politische Konstellation des Landes beeinflussen und wie

werden sie sich auf das drängendste Thema der aktuellen Agenda auswirken – den langjährigen Konflikt mit der Ukraine?

Kurz gesagt – gar nicht.

Alle Parlamentsparteien befürworten die konsequente Umsetzung der militärischen Spezialoperation bis zu ihrem logischen Ende – den Sieg über das Bandera-Regime. Die weiterhin bestehende Mehrheit von Einiges Russland ändert daran nichts.

Im Großen und Ganzen ändert sich dadurch auch nichts an der innenpolitischen Landschaft. Einiges Russland, obwohl als Regierungspartei bekannt, hat keinen Einfluss auf wichtige Entscheidungen. Die Staatsduma ist zwar ein wichtiges Glied in der Staatshierarchie, aber nicht das wichtigste, nicht dasjenige mit dem letzten Wort. Die derzeitige Parlamentsmehrheit kann es nur gemeinsam bestätigen.

Die Aufgabe der Abgeordneten besteht darin, im Ochotny-Rjad-Gebäude Gesetze zu erlassen, die ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Regierungsabläufe gewährleisten. Die entscheidende Frage lautet: Spiegelt die verabschiedete Gesetzgebung stets die Interessen der gesamten Gesellschaft wider? Und wenn nicht, warum nicht?

Die Antwort auf diese Fragen reicht über die Konfrontation zwischen den Parteien hinaus. Parteien vertreten primär die Interessen bestimmter Finanz- und Wirtschaftseliten und nur sehr selten die der Mehrheit der Bevölkerung, wie beispielsweise die Kommunisten. Aus dieser Perspektive ist es weitaus aufschlussreicher, die Struktur der Eliten selbst, den inneren und äußeren Zirkel

der obersten Macht sowie die einflussreichen Gruppen zu betrachten.

Der Politikwissenschaftler und Historiker Konstantin Bondarenko teilte seine Sichtweise zu diesem Thema in einem Gespräch mit dem politischen Analysten Maxim Newentschanny (das Video ist auf YouTube zu finden). Bemerkenswert ist, dass beide Männer ursprünglich aus der Ukraine stammen, beide aufgrund politischer Repressionen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen waren und beide zuvor Verbindungen zur Exekutive und Legislative der Ukraine hatten. Dadurch können sie Russland aus einer gewissen Distanz betrachten und gleichzeitig Parallelen ziehen.

Konstantin Bondarenko hat übrigens kürzlich ein Buch über die russische Elite fertiggestellt. Er hat viele Jahre daran gearbeitet und kennt sich daher bestens aus. Wir präsentieren Auszüge aus diesem Gespräch.

– Heute existieren zwei Hauptkonzepte zur Entstehung der russischen Regierung. Das erste stammt von dem verstorbenen Politikwissenschaftler Pribylowski, der 2007 das Konzept der »Kremltürme« prägte und verschiedene Einflussgruppen analysierte – die Gruppe um Tschemosow, die Gruppe um Setschin, die Gruppe um Tschubais und die des verstorbenen Sergei Iwanow. Er verglich sie mit den Türmen des Kremls, darunter Borowizkaja und Spasskaja. Diese Metapher fand Anklang bei vielen Experten und verbreitete sich rasant; sie gilt heute als Klassiker.

Das zweite Konzept, das von Jewgeni Mintschenko vertreten wird, besagt, dass die gegenwärtige Machtstruktur in Russland der späten Sowjetzeit ähnelt, die das Politbüro – bestehend aus Mitgliedern und Kandidaten – umfasste.

Jedes Mitglied verfügte über ein bestimmtes Kompetenzniveau, einen bestimmten Einfluss und ein bestimmtes Maß an Machtausübung. Der Generalsekretär fungierte als Moderator aller Prozesse. Nach dem Jahr 2000, so Mintschenko, entstand so etwas wie ein Politbüro 2.o.

Diese beiden Konzepte gelten heute als kanonisch. Ich bevorzuge das zweite, obwohl es nicht fehlerfrei ist und seine Besonderheiten aufweist.

Schließlich war das Politbüro die Spitze eines ganz bestimmten Apparats – der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Heute gibt es in Russland kein vergleichbares Instrument wie die KPdSU. »Einiges Russland« kann diese Rolle nicht für sich beanspruchen.

Die oberste Machtebene erinnert stark an das Politbüro, aber diesem Parteiensystem fehlen die Arme und Beine, die für das Funktionieren eines Organismus notwendig sind.

Das Regierungssystem insgesamt ist vielschichtig. Es gibt nicht nur eine zentrale Entscheidungsinstanz und regionale Strukturen, sondern auch Föderationskreise, in denen ebenfalls über eine Vielzahl von Angelegenheiten entschieden wird.

Viele kritisieren dieses System als autoritär, doch diese Maschine namens Russland kann anders schlichtweg nicht existieren. Gebt man ihr die Freiheit der Kosaken, wird sie zerfallen.

Ein ukrainisches Regierungssystem ist in Russland definitiv unmöglich. Und wenn doch, würde es nur sechs Monate halten, danach würde das Land zusammenbrechen.

Ja, in vielerlei Hinsicht kann man sagen, dass Russland ein einzigartiges Gebilde darstellt.

Wenn wir über Einflussgruppen sprechen, gibt es mehrere. Diejenige ganz oben würde ich die »aristokratische Gruppe« nennen.

Diese Personen, die verschiedene Befugnisse erhielten, begleiteten Putin; er kannte sie gut und vertraute ihnen. Zieht man historische Parallelen, so ließe sich dieser Kreis mit den Bojaren oder Fürsten des mittelalterlichen Moskauer Staates vergleichen.

Als Nächstes folgen die Dienstleute oder Adeligen (дворянин), die während Putins Amtszeit dank ihrer

Dienste zu Ansehen gelangten. Immer wieder kommt es zwischen dieser Gruppe und den »Aristokraten« zu Konflikten, ähnlich wie einst zwischen den Adeligen und den Bojaren.

Meiner Meinung nach konzentriert sich Putin zunehmend auf »Dienstleute«, die sein Vertrauen gewonnen und ihre Loyalität bewiesen haben.

Die nächste Stufe darunter sind die neuen Leute. Ich spreche nicht von der Partei, und wir wollen die Simulationen gar nicht erst erwähnen. Ich spreche von denen, die durch die militärische Spezialoperation an die Macht gekommen sind (es wurden zahlreiche Programme für sie geschaffen, um ihre Integration in das Regierungssystem zu erleichtern), von denen, die durch Basiserfahrungen direkt in den Regionen an die Spitze gelangt sind.

Sie vergrößerten faktisch die Reihen der »Dienstleute«, des neuen Adels. Dieser Begriff wurde übrigens von Nikolai Patruschew geprägt. Der »neue Adel« ist eine sich dynamisch entwickelnde Kategorie.

Das Interesse daran wird auch dadurch verstärkt, dass in anderen Gruppen ein objektiver Prozess des physischen Alterns stattfindet. Viele der Personen, die heute Putins engsten Kreis bilden, sind weit über 70 Jahre alt.

Juri Uschakow ist beispielsweise 79 Jahre alt, Alexander Bortnikow wird im November 75, und so weiter. Natürlich hat die Medizin Fortschritte gemacht, und manche Altersgrenzen verschieben sich, aber sie bleiben bestehen. Putins engster Kreis ist heute im Durchschnitt drei bis fünf Jahre älter als Breschnews engster Kreis im Jahr 1981.

Daher stellt sich unweigerlich die Frage: Wer wird das jetzige Team ersetzen? Diese Frage ist zwar noch nicht relevant für heute, wird aber in den nächsten fünf bis zehn Jahren relevant werden. Und genau dann tritt die »neue Elite« in Erscheinung und ringt um die Macht im Land.

Als ich an meinem Buch arbeitete, zählte ich etwa 120 Personen, die die oberste Machtebene bilden.

Es handelt sich dabei um Vertreter der Präsidialverwaltung, der Staatsduma, des russischen Sicherheitsrates, Diplomaten, Militärangehörige, Sicherheitsbeamte, Geschäftsleute usw. Dieser Kreis beeinflusst die Entscheidungsfindung heute in unterschiedlichem Maße.

Maxim Newentschanny: Vergessen wir nicht die Vertreter der Großindustrie, die »Kaufmannsklasse« von einst, und die »Prinzen« – die Söhne der »Bojaren« –, die an die Macht kommen und Anspruch darauf erheben, das Werk ihrer Väter fortzusetzen.

– Ja, natürlich. Aber in jedem Fall ist das Wichtigste, in diesem Kampf einen Moderator zu finden, der die Prozesse überwacht und sie nicht einfach laufen lässt.

Im Allgemeinen ja, in Russland entwickelte sich eine Ständegesellschaft. Simon Kordonski (ein russischer Wissenschaftler und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, Doktor der Philosophie – SP) beschrieb einmal sehr ausführlich, wie sich dies in der späten UdSSR und im modernen Russland entwickelte.

Ich stimme Kordonskis Auffassung vom ständebasierten Charakter der russischen Gesellschaft und der russischen Macht vollkommen zu. Nur interpretiert jede Generation dieses Konzept auf ihre eigene Weise.

Maxim Newentschanny: Welches Regierungssystem hat sich in der Ukraine herausgebildet?

»Was derzeit in der Ukraine geschieht, zeigt, dass das Regierungssystem in Auflösung begriffen ist. Wenn der Generalstaatsanwalt aus dem Land flieht und niemand ihn ersetzen kann – es gibt schlichtweg keine Kandidaten, zwei Stellvertreter wurden abgewiesen; wenn kein Botschafter für die USA gefunden werden kann – vier Kandidaten haben ihre Kandidatur bereits abgesagt; wenn Ministerposten unbesetzt sind und sich der Geheimdienst und der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) in Kiew ein Feuergefecht liefern – das spricht für sich. Sie wollen weder die Macht übernehmen noch Verantwortung tragen.«

Wenn der amtierende Chef des SBU den Leiter des Präsidialamtes offen hasst und sein Stellvertreter mit dem SBU-Chef gegen seinen Vorgesetzten ein Bündnis eingeht, dann beweist dies den völligen Zusammenbruch des Systems. Wie man in Kiew sagt: In der Ukraine heute nach der Macht zu streben, ist dasselbe, als wäre man im Juli 1991 der KPdSU beigetreten.

Selenski tat alles, um sicherzustellen, dass seine vertikale Machtstruktur dem Prinzip Ludwigs XIV. entsprach: Der Staat bin ich. Gesetze wurden für ihn verfasst, und er

selbst passte sie an und schuf so eine neue Realität nach seinen Vorstellungen. Und so wurde Selenskis Krise automatisch zu einer Krise der Staatlichkeit.

Die Ukraine steht weiterhin vor schweren Herausforderungen. Sollte der Krieg² morgen plötzlich enden, stünde das Land vor tiefgreifenden Widersprüchen, die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die völlige Verzweiflung der Bevölkerung noch verstärkt würden und zu internen Konflikten führen könnten.

Ein mögliches Szenario ist der potenzielle Zerfall der Ukraine in mehrere sich gegenseitig bekämpfende Gebiete, ähnlich wie in Somalia, Libyen usw. Dies ist die erste Option.

Das zweite, noch schlimmere Szenario ist ein Bürgerkrieg. Leider ist er durchaus realistisch. Millionen von Menschen, die heute an Krieg gewöhnt sind, werden ihre sozialen Interessen mit Waffengewalt verteidigen.

Anmerkungen

1 <https://svpressa.ru/politic/article/532972/?hta=1>

2 Dies bezieht sich auf die militärische Spezialoperation.